:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 6.1.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Referendum in Südtirol

Italien/Südtirol. 61 189 Südtiroler haben sich an einem Referendum mit dem Titel „Autonomie ist nicht genug – Wir wählen Freiheit" beteiligt, das von der rechts-gewirkten Partei „Süd-Tiroler Freiheit" (STF) initiiert wurde. Demnach votierten 92,2 % der Wahlteilnehmer für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts.

Südtirol habe sich mit diesem Referendum in den „Zug der Freiheit gesetzt, den die Schotten und Katalanen angeschoben" haben, erklärten im Anschluss Vertreter der STF, die im Bozener Landtag mit drei Abgeordneten vertreten ist.

hma ■

Rechtsmittel eingelegt

Leverkusen. Die Leverkusener „Pro NRW"-Aktivistin Maria Demann wehrt sich gegen ihren Ausschluss aus dem Presbyterium der evangelischen Kirche Leverkusen-Wiesdorf. Demann hat nun „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht mit ihrer Rechtsvertretung beauftragt. Dieser hat beim zuständigen Kreissynodalvorstand Rechtsmittel gegen den Ausschluss Demanns eingelegt. Der Kreissynodalvorstand muss die „Pro NRW"-Aktivistin nun anhören und eine Entscheidung über den Ausschluss fällen.

hma ■

Falangisten-Führer verstorben

Spanien/Madrid. In Madrid ist Ende Januar im Alter von 95 Jahren Blas Pinar verstorben. Pinar gehörte während der Franco-Diktatur dem Nationalrat der Falangisten-Bewegung an. Nach dem Tod Francos gründete Pinar 1977 die Partei „Fuerza Nueva" (FN), für die er von 1979 bis 1982 im spanischen Parlament saß. Nach der Selbstauflösung der FN im Jahr 1982 gründete Pinar 1986 die Organisation „Frente Nacional" (Nationale Front), die sich 1993 ebenfalls auflöste.

hma ■

268 Neonazis per Haftbefehl gesucht

„268 polizeibekannte Neonazis werden in Deutschland per Haftbefehl gesucht", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Diese Zahl teilte die Bundesregierung jetzt in der

Die Geschichte warnt uns:



Work, consume, vacate, die...
Graffiti in Thessaloniki

Der Faschismus bedroht unsere Freiheiten und unsere Errungenschaften • Die antifaschistische Bewegung in ganz Europa antwortet: No Pasaran! • Aufruf zu einem Europäischen Treffen antifaschistischer Gruppen in Athen, 11.-13.4.2014 • Für einen gemeinsamen antifaschistischen Aktionstag im kommenden Oktober

Mitstreiter und Mitstreiterinnen,
die radikale Rechte, der Nazismus und der Faschismus – wahre Kinder des Systems und der tiefsten Krise des Kapitalismus nach dem Krieg – bedrohen den ganzen Kontinent.

Bereits heute sind rechtsradikale Parteien in einer Reihe von Ländern an der Regierung beteiligt. Eindeutig neonazistische Gebilde erzielen erhebliche Stimmenanteile, nachdem sie sich jahrzehntelang im politischen Abseits befanden. Rassistische und faschistische Gewalt nimmt zu, und die Faschisten versuchen in einigen europäischen Staaten, Bewegungen rechtsradikalen und faschistischen Charakters zu organisieren.

Wahrscheinlich werden die rechtsradikalen und neonazistischen Parteien bei den kommenden Europawahlen sehr hohe Stimmenanteile erreichen.

In Frankreich kämpfen die Front National und Marine Le Pen sogar darum, stärkste Partei zu werden. In Italien finden außer der Lega Nord auch die Neofaschisten der Casa Pound mittels der sozialen Zentren und ihrer Beteiligung an der Bewegung Forconi große Anhängerschaft.

In Norwegen ist die „Fortschritts"-Partei des Schlächters von Oslo, Anders Breivik, an der Mitte-Rechts-Koalitionsregierung beteiligt. Trotz der negativen Erinnerung an den Massenmord hat es die fremdenfeindliche Partei geschafft, bei den Wahlen im vergangenen September 29 Parlamentssitze zu erringen, und einigte sich mit der Konservativen Partei der Ministerpräsidentin Erna Solberg auf die Übernahme der Regierung.

In Ungarn ist Jobbik fast ein Zwillingsbruder der Goldenen Morgenröte. Seit 2009 in Ungarn ständig drittstärkste Partei (14,8 % bei den Europawahlen jenen Jahres und 16,7 % bei den Parlamentswahlen 2010) bezeichnet sich Jobbik selbst als „radikale, christliche und patriotische Partei". Es unterhält allerdings auch Sturmtruppen mit der Bezeichnung „Ungarische Garde" und terrorisiert die Dörfer der Roma. Einige Kader werden des Mords bezichtigt. Jobbik hat beschlossen, mit Gabor Vona zu den Wahlen 2014 anzutreten, mit dem Ziel, stärkste Partei zu werden.

→

Aus dem Inhalt:

Antwort auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 18/233) mit. Die Erhebung hat demzufolge bereits im Oktober vorigen Jahres stattgefunden. Jelpke weiter:

„Je gründlicher man hinsieht, desto mehr Fälle tauchen auf. Aufgrund einer sorgfältigeren Erfassung ist die Zahl flüchtiger Neonazis im Vergleich zur letzten Erhebung, die im Juli 2013 stattfand, um 20 Prozent gestiegen. Damals waren es 220. Die Zahl derjenigen, die wegen einschlägiger politischer Delikte gesucht werden, ist sogar um 50 Prozent gestiegen: Von 46 auf 68. In 55 Fällen ist der Haftbefehl wegen eines Gewaltdelikts ergangen.

„Viel zu lange wurde weggesehen, viel zu lange haben sich die Behörden Zeit gelassen, um die Erfassung zu verbessern – wie immer muss man die Bundesregierung zum Jagen tragen. Dabei zeigen die Zahlen deutlich genug, dass der Handlungsbedarf hoch ist. Noch immer ist es nicht möglich, in Echtzeit zu erfahren, wie viele Neonazis sich einer Festnahme entziehen. Solche unregelmäßigen Momentaufnahmen werden aber der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht.“

Volltext Anfrage und Antworten der Bundesregierung: http://dokumente.linksfraktion.net/mdb/KA_18_233_Haftbefehle_Nazis.pdf

Ulla Jelpke, MdB ■

Gelungener Auftakt der Kampagne „Kein Veedel für Rassismus!“

Köln. Am 24. Januar wurde die Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ der Presse vorgestellt. Die Kampagne möchte in allen Kölner Veedeln über „Pro Köln“ aufklären, damit die extrem rechte Gruppierung nicht wieder im nächsten Stadtrat vertreten ist. Die Kommunalwahl findet zeitgleich mit der Europawahl im Mai statt.

Da damit zu rechnen ist, dass „Pro Köln“ und andere fremdenfeindliche Gruppen im Straßenwahlkampf auftauchen werden, wurde auch dazu die passende Aktion überlegt, sprich: „Brauner Sack“. Die selbstbesprühten Papier-Müllsäcke werden an zentralen Stellen abgelegt, so dass diese für alle schnell greifbar sind. Sofern sich ein Wahlkampfstand der „Pro’s“ in der Nähe befindet, kann man sich um diesen herumstellen. Die PassantInnen können direkt angesprochen werden und das braune Gedankengut wird entsprechend entsorgt.

Am Nachmittag des 24. Januar gab es eine erste Aktion in der Kölner Innenstadt. Erstaunen und Verwunderung prägten die Reaktionen der Fußgänger, Autofahrer und Straßenbahnfahrer zwischen Neumarkt und Rudolfplatz, als sie einer wandernden Menschenschlange begegneten, die das Motto der Kampagne in großen Buchstaben bekannt machte.

Aktuelle Informationen gibt es auf der Homepage der Kampagne: http://www.keinveedelfuerrassismus.de/

Die Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ wird derzeit getragen von:
Antifaschistische Koordination Köln und Umland [AKKU], Bündnis gegen „Pro-Köln“, Bündnis Ehrenfeld gegen Rechtsextremismus, Bündnis „Keine Stimme für Nazis“, Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus“, ColognePride (CSD-Köln), DIDF Köln, DGB-Jugend Köln, Freunde und Förderer der BezirksschülerInnenvertretung Köln und Schüler gegen Rechts Köln, Heimat Für Alle Köln, Interventionistische Linke (IL), Köln, Jugendclub Courage Köln, Kölner Appell gegen Rassismus, Kölner Jugendring, Köln-Nord Bündnis gegen Rechts, Kein Mensch ist Illegal, Köln KunÖ, Microphone Mafia, NaturfreundInnen-Bezirksgruppe Köln-Kalk, Schwul-lesbisches Bündnis – queergestellt!, Rote Aktion Köln, Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, SDAJ Köln, SJD – Die Falken KV Köln, SSK-Köln Salierring, Tüday – menschenrechtsverein Türkei Deutschland e.V., VVN-BdA Köln; Verdi AK Antifaschismus und Antidiskriminierung Köln, „Weg mit dem Brett vor dem Kopf“ ■

Fortsetzung von Seite 1

Und schließlich: 2012 kam in Griechenland die Goldene Morgenröte das erste Mal ins Parlament, und zwar mit 6,9 %; jetzt kommt sie in den Meinungsumfragen als drittstärkste Partei mit zweistelligen Werten daher.

Es ist heute mehr denn je notwendig, eine Front gegen den dunklen Schatten des Faschismus, der unser aller Freiheiten und Errungenschaften bedroht, aufzubauen.

Die Erfahrungen mit dem Faschismus und dem Nazismus im Europa zwischen den Weltkriegen sind aufschlussreich und müssen uns eine Lehre sein.

Eine grundlegende dieser Lehren ist, dass das nicht rechtzeitige, entschlossene und vereinte Reagieren auf das Phänomen fatale Folgen hat und mit Millionen von Toten und unsäglicher Zerstörung bezahlt wird.

Die antifaschistische Bewegung hat in einer Reihe von Ländern bedeutende Schritte unternommen und Erfolge in der Konfrontation mit den Faschisten erzielt.

Wir meinen, dass es an der Zeit ist, den nächsten Schritt zu machen: eine massenhafte einigende antifaschistische Antwort am selben Tag in ganz Europa. Vom Ural bis zum Atlantik und vom Norden bis zum Mittelmeer. Ein aktuelles NO PASARAN ist jetzt, solange noch Zeit ist, zwingend erforderlich.

In diesem Zusammenhang laden wir Euch zu einem ersten Treffen antifaschistischer Kollektive am Wochenende 11.-13. April ein, um Meinungen und Erfahrungen auszutauschen und die Debatte über die Charakteristika des Anstiegs des Faschismus, aber auch der antifaschistischen Aktionen zu vertiefen. Wir wollen die Organisierung eines gemeinsamen gesamteuropäischen antifaschistischen Aktionstags im kommenden Herbst (d. h. im Oktober) diskutieren und gleichzeitig die Grundlagen für eine bessere, stabile und dauerhafter Koordination der antifaschistischen Bewegungen auf europäischer Ebene legen.

Das Treffen wird organisiert von der Antifaschistischen Koordination der Komitees/Kollektive/Initiativen Athen und Piräus, die im Juni 2013 entstanden ist und in ihren Reihen 28 Organisationen eines breiten Spektrums der Linken, autonomer Gruppen und Sozialer Bewegungen vereint. Die Antifaschistische Koordination ist ein Resultat der großen antifaschistischen Bewegung, die in den letzten Jahren in Griechenland entstanden ist. Einer Bewegung, die den Faschisten in Hunderten von Nachbarschaften entgegengetreten ist, die Zehntausende auf die Straße gebracht und die schließlich die Regierung dazu gezwungen hat, mit Verhaftungen und Strafverfahren gegen die Neonazi-Mörder zu reagieren.

Auf dem Treffen werden Diskussionen, thematische workshops, Video- und Filmvorführungen sowie künstlerische Veranstaltungen-Konzert stattfinden. Wir haben uns an bedeutende Persönlichkeiten wie Ken Loach aus Großbritannien und Robert Paxton aus den USA gewandt und hoffen, dass sie bei uns sein werden, ebenso wie wichtige Gewerkschafter der kämpferischen Arbeiter_innenbewegung Italiens und Deutschlands. Auch Mitglieder der griechischen antifaschistischen Bewegung werden anwesend sein und sprechen.

In Kürze erscheint das Veranstaltungsprogramm. Wir sind offen für Eure Vorschläge und Ideen. Erklärt bitte rechtzeitig Eure Teilnahme, damit wir möglichst früh einen Überblick über die Teilnehmer_innenzahl bekommen; so können wir besser Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegung organisieren.

Wir freuen uns auf Euch kommenden April in Athen. sowie e-mail: antifasistikos.syntonismos@gmail.com ■

Nürnberg: DGB und ver.di beziehen Stellung gegen die AfD

Am Nürnberger Gewerkschaftshaus war auf einem großen Transparent zu lesen: „Keine Nazis in den Nürnberger Stadtrat!“ Daneben prangten die durchgestrichenen Parteiembleme von der BfA (Bürgerinitiative Ausländerstopp) und der AfD (Alternative für Deutschland). Unterzeichnet hatten das Transparent gemeinsam der DGB, ver.di und die VVN.

Sofort drohte die AfD mit Unterlassungs- und Verleumdungsklagen. In einer Presseerklärung verteidigen DGB und ver.di das Plakat: „Wer den Hitler-Faschismus verharmlost und sich selbst eindeutig rassistisch positioniert, darf und muss nach unserer Überzeugung als Nazi bezeichnet werden.“

In Nürnberg kandidiert nämlich zur Kommunalwahl am 16. März nicht irgendein Konservativer für die AfD, wie es andernorts meist der Fall ist, sondern der Spitzenkandidat heißt Martin Sichert. „Mit seiner Wahl hat die AfD sich auch zugleich seine Positionen zu eigen gemacht.“

Und die Gewerkschafter zitieren Äußerungen Sicherts auf seinem Facebook-Account: „Warum sind es immer Türken, die Kanakensprache sprechen?“ (31.1.12) Und an anderer Stelle: „408 Millionen für Sozialprogramme allein in Berlin. Wieso müssen wir alle dafür zahlen, dass vornehmlich Ausländer … die Erziehung nicht hinbekommen? … Wer hier leben will muss sich an die hier vorherrschende Mentalität anpassen“ (2.11.12). Und weiter: „Multikulti klappt nun mal leider nicht. Denn Ausländer verüben mindestens proportional 3x so viele Straftaten wie Deutsche … sie bringen dem Land organisierte Kriminalität, Zwangsehen, Rassismus … und religiösen Faschismus. Sie vernichten damit zentrale Werte unserer Gesellschaft wie Meinungsfreiheit, ein friedvolles und sicheres Zusammenleben und Freiheit allgemein“ (19.11.12).

Zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges: „09. Mai, kein Tag des Sieges, ein Tag der Trauer. Einen Tag des Sieges zu feiern nach einem Krieg, aus dem die zwei größten Massenmörder des 20. Jahrhunderts als Sieger hervorgingen halte ich für extrem makaber“. Das kommentieren die Gewerkschafter treffend: „Hierin muss eine unmittelbare Verharmlosung der NS-Diktatur gesehen werden. ‚Die zwei größten Massenmörder des 20. Jahrhunderts‘ waren demnach nach Meinung Herrn Sicherts jedenfalls andere als Adolf Hitler. Über das Ende des zweiten Weltkrieges Trauer zu empfinden, bedeutet selbstredend auch ein Bedauern über dessen Ende.“

Sichert schwafelt weiter: „Immerhin wurden Millionen vertrieben, aus Gebieten, die seit über tausend Jahren deutsch besiedelt waren, es gab barbarische, systematische Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und die Soldaten auch von alliierter Seite. Besonders durch die Sowjets, aber auch durch die Amerikaner und Briten (Rheinwiesen, Terrorbombardierungen deutscher Städte)“ (9.5.12).

„Wüstenfuchs“ Erwin Rommel ist für Sichert eine „der ehrenhaftesten Gestalten des zweiten Weltkriegs“ – hingegen „Churchill mit seinen Bombardements ziviler Ziele und Terrorangriffe“ ein „Massenmörder“ (3.11.12).

Trotz dieser Äußerungen wurde Sichert von der AfD zum Nürnberger Spitzenkandidaten gewählt. „Demnach muss sich die AfD die Positionierung ihres Kandidaten auch anrechnen lassen. Es ist daher im vorliegenden Fall inhaltlich voll und ganz berechtigt, vor Nazis und deren Ideologie im Zusammenhang mit der Stadtratskandidatur der Partei AfD in Nürnberg zu warnen. Damit ist selbstredend nicht gemeint, dass die AfD als Ganzes eine neonazistische Partei wäre. Diese betrachten die Initiatoren des Transparentes vielmehr als lediglich rechtspopulistisch.“

Anzumerken bliebe, dass Sichert im Sommer letzten Jahres bereits für ein paar Stunden Landesvorsitzender des bayerischen Landesverbands der AfD war. Seine Wahl wurde wegen Formfehlern aber sofort wieder annulliert. Inzwischen hatte der Bayerische Rundfunk AfD-Sprecher Bernd Lucke mit einigen der einschlägigen Äußerungen Sicherts konfrontiert. Der zeigte sich entsetzt. Davon ist wohl nicht mehr viel geblieben.

Und Postings von AfD-Mitgliedern auf der Facebook-Seite der AfD Bayern, die auf die Äußerungen Sicherts hinwiesen, wurden schnell wieder gelöscht! Inzwischen soll Sichert in München dem Kandidaten der „Freiheit“, Michael Stürzenberger, beim Sammeln der Unterschriften für seine Stadtratskandidatur unter die Arme greifen.

Nach außen versucht die AfD sich von rechtspopulistischen und -extremistischen Umtrieben zu distanzieren. Doch immer wieder gibt es Fälle, in denen mit Personen dieser Spektren schamlos kooperiert wird, solange das nicht öffentlich wird.

DGB und ver.di ist hoch anzurechnen, dass sie standhaft geblieben sind und mit ihrer Presserklärung öffentlich gemacht haben, wessen Geistes Kind der Spitzenkandidat der Nürnberger AfD ist.

F nach PM von DGB und ver.di, 24.1.14 ■

Schnipsel zur Programmatischen Ausrichtung der AfD
Gegen Verbesserungen bei den Renten

Die von der Großen Koalition beschlossene Rente mit 63 Jahren bei 45jähriger Berufstätigkeit und die Zuschläge für Kindererziehungszeiten (Mütterrente) stoßen bei der AfD auf Ablehnung. Parteisprecherin Frauke Petry lehnte für ihre Partei die Rentenreform ab, denn es drohe eine „Frühverrentungswelle“. „Was dies für unsere Volkswirtschaft bedeutet, kann man sich an den Fingern abzählen.“ Die bisherige „solidarische Rentenfinanzierung (steht) vor dem Scheitern“, und es fehle „eine aktive Bevölkerungspolitik zur Steigerung der Geburtenzahlen“.

Mittels eines „umfassende(n) steuer- und beitragsfreie(n) Existenzminimum(s) der Familien“ soll die Zahl der Kinder erhöht werden.

Es geht keineswegs darum, Familien um ihrer selbst Willen zu unterstützen, sondern um rein zweckrationale Argumente (demographischer Faktor).

Und da höhere Renten unter diesem Gesichtspunkt nichts brächten, werden sie abgelehnt.
Sozialpolitik á la AfD!

F, nach PM Petrys vom 29.01.14 ■

„AfD“ erstattet Anzeige

Nürnberg. Die sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist erzürnt über ein Transparent von DGB, ver.di und VVN-BdA am Nürnberger Gewerkschaftshaus. Der Grund: Auf dem Transparent ist über zwei Hausetagen der Spruch „Keine Nazis in den Nürnberger Stadtrat“ zu lesen. Daneben sind die durchgestrichenen Logos der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) abgebildet. Die AfD sieht sich durch das Transparent verunglimpft und klagt nun wegen „übler Nachrede“ und auf Unterlassung „aufgrund der unautorisierten Verwendung des Parteienlogos“. *hma* ■

Künstleraufruf: 1914-2014

Kultur für ein Europa des Friedens

Der Krieg

Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,
Aufgestanden unten aus Gewölben tief.
In der Dämmerung steht er, groß und unerkannt,
Und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.

Georg Heym

Im Ersten Weltkrieg fanden fast 10 Millionen Soldaten einen grausamen Tod, über 17 Millionen Menschen starben insgesamt. Dieser weltweite Raubzug mehrerer imperialistischer Großmächte steht für bestialische Grabenkämpfe, von Giftgas verseuchte Landstriche, von Granaten zerfetzte Menschen, für ein bis dahin beispielloses Massensterben. Er steht für Hurra-Patriotismus und die törichte Legende vom Heldentod. Für öffentliche Hinrichtungszeremonien von Kriegsdienstverweigerern. Für jahrelanges Elend von Kriegskrüppeln und das qualvolle Verrecken von Giftgasopfern.

Im Ersten Weltkrieg fanden aber auch mehr und mehr Menschen zu einer entschiedenen Antikriegs-Haltung. Künstlerinnen und Künstler haben Unsicherheit und Entsetzen dokumentiert, sie haben den humanistischen Kern jeder Kunst bewahrt und die Menschen in ihrem Kampf um Frieden unterstützt.

Auf diese Tradition konnten in den folgenden Jahrzehnten Kulturschaffende aufbauen, gerade auch im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ob Pablo Picasso, Thomas Mann oder Mikis Theodorakis – mit ihren politisch-künstlerischen Beiträgen entstand das Bild eines Europa des Friedens.

In dieser humanistischen Tradition rufen wir, die KünstlerInneninitiative www.unruhestiften.de auf zu einem Jahr der engagierten Kunst und Kultur gegen Krieg.

Damit wollen wir den Appell der Friedensbewegung unterstützen, die das Gedenkjahr 2014 für eine Kampagne – selbstverständlich auch gegen aktuelle Kriegseinsätze – nutzen will.

Bitte setzt euch selbst mit Friedensgruppen in Verbindung, um gemeinsame Veranstaltungen gegen den Krieg zu planen.

Informiert uns über eure Vorhaben, Programme, Auftritte, Veranstaltungen.

Wir werden diese ab sofort auf unserer Homepage www.unruhestiften.de unter einer extra dafür eingerichteten Rubrik vorstellen.

Lasst uns 2014 gemeinsam mit der Friedensbewegung aufstehen: Gegen den Krieg und für ein Europa des Friedens!

2000 KünstlerInnen und Kulturschaffende, andere Persönlichkeiten und Organisationen haben seit Sommer 2009 den bundesweiten Aufruf www.unruhestiften.de unterzeichnet. Es ist ein Aufruf gegen rechts, gegen die Abwälzung der Krisenfolgen und für die Umverteilung von oben nach unten, gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung – und für die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Für die KünstlerInneninitiative
www.unruhestiften.de
c/o Werner Lutz
Kontakt: einheiztext@t-online.de ■

Bundesregierung sponsert Kriegertreffen

„Bundesregierung und Bundeswehr sind auch in diesem Jahr wieder die tragenden Säulen der Münchner Kriegskonferenz", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Das gehe aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz hervor (BT-Drs. 18/277). Die Konferenz beginnt am kommenden Freitag. Jelpke weiter:

„Die angeblich private Konferenz hängt eindeutig am Tropf der Bundesregierung. Deren Presse- und Informationsamt sponsert das Treffen mit 350 000 Euro – das ist fast ein Drittel der Gesamtkosten, die mit 1,15 Millionen Euro angegeben werden. Hinzu kommen Personal- und Sachkosten für den Einsatz der Bundeswehr in Höhe von 626 000 Euro. 330 Soldaten sowie Zivilbeschäftigte der Bundeswehr sorgen, für den Veranstalter kostenlos, für einen reibungslosen Ablauf der Konferenz. Davon kommen 120 Soldaten bei der Organisation, etwa genauso viele bei den Fahrdiensten und 20 im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz, außerdem zwölf Dolmetscher. 50 Feldjäger sollen sich um Personen- und Begleitschutz kümmern.

Damit steht eines fest: Ohne staatliches Sponsoring und damit ohne das Geld der Steuerzahler wäre diese Konferenz nicht möglich. Sie ist aber nicht im Interesse der Bevölkerung. Das Bündnis gegen die Konferenz nennt als Hauptziel des Treffens zu Recht das Interesse von NATO-Repräsentanten und Wirtschaftskonzernen, über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft zu beraten. Dafür verdienen sie aus meiner Sicht keinen einzigen Cent an öffentlichen Geldern. DIE LINKE unterstützt vielmehr die Proteste gegen die Kriegstagung."

Ulla Jelpke, MdB ■

Letzte Worte des Kardinals im Kölner Dom

Zum Soldatengottesdienst Kardinal Meisners am 23. Januar 2014

Kardinal Meisner traktierte in seiner wohl letzten Amtshandlung die anwesenden 1500 Soldaten nicht mehr mit verbalen Sprengsätzen (1996: „In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher") sondern eher mit pürierten Appetithäppchen, garniert mit unverfänglichen Papst- Franziskus- Worten.

Viel Weihrauch und viel Gebimmel vernebelten aber das, was er wirklich meinte. Trotz „Brüderlichkeit und Geschwisterlichkeit", „Verantwortung" und „globaler Verpflichtung" schimmerte immer wieder das zu segnende „Nato- Oliv" durch! Auch missverstand Kardinal Meisner offensichtlich Mutter Theresa: sie meinte in ihrer Gedichtzeile: „Die Frucht des Dienens ist der Friede" mit Sicherheit nicht „dienende Soldaten"!

Nach dem geistigen Eintopf im Dom stürmten die gesegneten Heiligen Krieger zum realen Eintopf der Bundeswehr-Goulasch- Kanone.

Sie mussten vorher allerdings an einer Front von Protestierenden vorbei. Diese konfrontierten die Soldaten mit Schildern, auf denen die Namen der 142 in Kundus ermordeten Zivilisten zu lesen waren. Zusätzlich verlas eine beeindruckende Frauenstimme diese in eine für die Domplatte unnatürliche Stille hinein.

Die Reaktion der Soldaten? Von peinlicher Berührung bis zum dümmlichen Grinsen ertappter Missetäter – alles wie gehabt.

Die neue Kriegsministerin war nicht mit von der Partie. Frau von der Leyen versuchte auf Schloss Meseberg ihre Ministerkolleg_innen für neue Auslandseinsätze der Bundeswehr zu begeistern. Vielleicht werden bald deutsche Soldaten auch in Afrika „unsere" Freiheiten und Werte verteidigen. Zusätzlich war sie wohl auch damit beschäftigt, die bröckelnden Reihen ihrer Freiwilligen mit Minderjährigen aus ihren sozialverträglichen Kitas aufzufüllen!

Aber es gab noch etwas Positives am Rande: Nach langer Abstinenz hat sich Pax Christi erfreulicherweise zu einer militärkritischen Erklärung entschlossen. Pax Christi wünscht: „…die dringend nötige geistige und auch materielle Aufwertung nichtmilitärischer Friedens-, Gerechtigkeits- und Menschenrechtsarbeit…". Der Vorstand von Pax Christi fordert, statt Soldaten sollten im Kölner Dom in Zukunft Friedens- und Menschenrechtsgruppen einen Weltfriedensgottesdienst feiern!

errerr ■

Keupstraße goes München

Vier Mitglieder der Keupstraßeninitiative sind in der letzten Woche nach München gereist. In zwei Tagen haben sie mit dem dortigen Netzwerk zum NSU-Prozess, einer Theaterkünstlerin, Rechtsanwälten und potentiellen UnterstützerInnen die Vorbereitungen für den Auftritt der Keupstraßensolidarität während dieses Prozessabschnitts beim NSU-Prozess aufgenommen.

Zur Vorgeschichte dieser Reise:

Auf einer Veranstaltung in der Keupstraße vor einigen Wochen berichteten Rechtsanwälte, wie schwer der Auftritt der NebenklägerInnen bei dem NSU-Verfahren in München ist: Gegenüber sitzen diejenigen, die angeklagt sind, mit der Tötungsabsicht von möglichst vielen Migranten diese schreckliche Bombe gebaut zu haben, bzw. an der Vorbereitung dieses Anschlags in unterschiedlicher Intensität beteiligt gewesen zu sein. Verhandelt wird mit Vertretern von Behörden, die, ohne Ausnahme, jahrelang, bis vor wenigen Monaten die Opfer zu Tätern gemacht haben.

Spontan wurde damals entschieden: Wir fahren mit zum Prozess! Wir unterstützen die Betroffenen und ihre Angehörigen in Köln und in München – dort in und vor dem Gerichtsgebäude.

Inzwischen, nach vier Treffen mit jeweils 25-40 Leuten, darunter Angehörige und Betroffene aus der Keupstraße, sind Veranstaltungen, und Plakate in der Vorbereitung und es gibt erste Zusagen für Busse. Jetzt ging es darum, unsere Initiative in München bekannt zu machen und die notwendige Unterstützung vor Ort zu finden.

Schon im Gerichtssaal in München begegneten wir Vertretern der türkischen Presse und des türkischen Konsulats. Von ihnen kam der Vorschlag, sowohl die türkischen Vereine und die türkische Gemeinde einzubeziehen, wie auch, dass sie Verbindung zum griechischen Konsulat und zur griechischen Gemeinde aufnehmen, die wegen der Ermordung ihres Landmanns Theodoros Boulgarides in München auch beim Prozess aktiv werden möchten.

Wir trafen die Rechtsanwälte der Nebenkläger, die Anwältin die die Familie M, die Opfer des Anschlags in der Probsteigasse, vertritt, eine Theaterkünstlerin und die Akteure von „nsu-watch“, die den Prozess täglich beobachten, dokumentieren und analysieren (http://www.nsu-watch.info/). Von allen erhielten wir wertvolle Hinweise zu unserem Auftreten vor dem Prozessgebäude und die Zusagen weiteren Zusammenwirkens.

Am Abend traf sich das Netzwerk, das die Demonstrationen zum NSU-Prozess, und wenige Tage vorher eine Veranstaltung mit 300 Leuten im DGB-Haus organisiert hatte. Sie ließen sich ausführlich die Situation in der Keupstraße schildern und sagten jegliche Unterstützung zu. Sie sind erfahren in Aktionen vor Ort und erhoffen sich, nachdem der Prozess zur Routine zu werden droht, vom Auftritt der Keupstraßensolidarität einen neuen Aufmerksamkeitsschub in der Öffentlichkeit.

Die Nacht verbrachten wir an verschiedenen Orten bei Leuten, mit denen bis spät in die Nacht die Situation in Mülheim und der Keupstraße und die Zeit nach dem Anschlag und die Entwicklung der Initiative diskutiert wurde. Sie sagten nicht nur ihre weitere Unterstützung zu, sondern werden sie auch in ihren Netzwerken verbreiten.

Durch diese Reise ist die Überzeugung gewachsen, dass wir, zusätzlich zu den internen Mitteilungen, ein Infoblatt machen sollten. Es gibt einen Bedarf über unsere Initiative hinaus, die Bemühungen um eine Solidarität mit den Betroffenen des Bombenanschlags zweisprachig zu unterstützen.

Dazu beigetragen hat auch die unter uns gewachsene Erkenntnis, dass die betroffene Gemeinschaft der Migranten nicht nur mit einer Bombe angegriffen wurde und anschließend jahrelang von den Behörden mit Verhören und Verdächtigungen überzogen wurde, sondern dass diese stetig vorgebrachten Verdächtigungen auch unsere Solidarität erlahmen ließen – die der Nachbarschaft und der Kölner und Köln-Mülheimer Zivilgesellschaft. Und als die Kölner Staatsanwaltschaft das Verfahren mit der Begründung einstellte, wir kommen nicht weiter, die halten alle dicht – und damit nicht die Rechtsterroristen, sondern die Opfer meinte, standen wir nicht mehr auf der Straße und die Rassisten hatten eigentlich geschafft, was sie wollten, die Förderung der Isolation und Angreifbarkeit der Migranten.

Wir haben also was gutzumachen und die Förderung des Zusammenschlusses ist ein geeignetes Mittel.

Unsere Planung unterliegt der Schwierigkeit, dass der Termin des Beginns und die Dauer der Verhandlungen über den Bombenanschlag in der Keupstraße sehr ungewiss sind. Es wird zurzeit von Anfang April ausgegangen, es ist aber auch im Gespräch, dass nach den Verhandlungen über das NSU-Umfeld und dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter noch die Banküberfälle verhandelt werden. Das könnte den Termin noch mal um 4 Wochen nach hinten verschieben.

Da wir beabsichtigen nicht nur mit möglichst vielen, sondern auch möglichst die 3-4 Verhandlungswochen (jede Woche 3 Tage, Di Mi Do) vor Ort präsent zu sein, ist eine ziemlich große Zahl von UnterstützerInnen von Vorteil um zusammen auf die flexiblen Anforderungen reagieren zu können.

Das oben angesprochene Infoblatt würde in Türkisch und Deutsch erscheinen, könnte in der Keupstraße und in Mülheim ausgelegt und an Interessenten als PDF verschickt werden.

Unser nächstes Treffen ist am Dienstag, den 4.2.2014, um 20 Uhr, im Hinterzimmer des Sabahci in der Keupstraße 87.

Interessenten können uns auch mailen: keupstr.soli.2014@gmail.com .

Spendenkonto:
VVN e.V. Köln, Santander Bank, BLZ 500 333 00, Kto. 1130469000,
IBAN: DE08 5003 3300 1130 4690 00,
BIC: SCFBDE33XXX
Stichwort: Keupstraßensolidarität

28.1.2014, pb



Ein unbeugsamer Widerstandskämpfer

Einer der mittlerweile über 4000 Stolpersteine in Hamburg erinnert an seinem letzten Wohnort an den Kommunisten Carl Suhling. Das Haus, in dem er aufgewachsen ist wurde hingegen abgerissen.

Seit 1995 verlegt der Kölner Gunter Demnig die kleinen Gedenksteine mit Messingplatten, auf denen Name, Kurzbiografie und Todesdatum von Opfern der Nazi-Diktatur eingestanzt sind, vor deren früheren Wohnhäusern. Seit 2002 gibt es Stolpersteine in Hamburg – jetzt sind es über 4000[1]. Oft ist es schwierig, mehr über die Personen und ihre Lebensläufe zu erfahren, als auf den Stolpersteinen steht[2]. Aus Anlass der Einweihung des Stolpersteins für Carl Suhling vor dem Haus Wattkorn 7 in Hamburg-Langenhorn erinnerte seine Tochter Ulla Suhling mit Unterstützung der Willi-Bredel-Gesellschaft Hamburg an sein Leben. Die Historikerin hat viel Biografisches in Wort und Bild zusammengetragen[3]. Der 1904 geborene Carl Suhling wohnte bis 1924 in Barmbek in der Fuhlsbüttler Straße 280[4]. Sein Vater wurde im I. Weltkrieg nahezu blindgeschossen.



Foto: Carl Suhling 1934 mit seiner Tochter Ursula. Archiv Suhling

Nach der Novemberrevolution beschloss die erste frei gewählte Hamburger Bürgerschaft 1919, in Langenhorn eine moderne Kleinhaussiedlung für kinderreiche Familien nach Plänen von Fritz Schumacher zu bauen. Das Gebiet wurde enteignet. Wie andere Kriegsinvaliden konnte der Vater von Carl Suhling hier, in der Straße Wattkorn 7, ein Grundstück erwerben und mit einem zinslosen Kredit bauen. In Eigenarbeit wurden die Gärten angelegt, die Fritz-Schumacher-Siedlung war „wie eine große antifaschistische Familie“, wie Lucie Suhling rückblickend schrieb.

Carl Suhling hatte als Kind Hunger und Mangel kennengelernt, war lange zu See gefahren, um Arbeit und Brot zu haben. 1928 musterte er ab, weil er an Malaria erkrankt war. Aufgrund seiner Erfahrungen wurde er Mitglied der KPD. 1931 lernte er seine spätere Frau Lucie kennen: „Beide verband nicht nur eine große Liebe, sondern auch dieselbe Weltanschauung“, so Ulla Suhling: „ein junges, glückliches Paar, das Zukunftspläne machte, sich aber auch um die politische Entwicklung in Deutschland sorgte.“ Lucie und Carl Suhling waren in der kommunistischen Bewegung aktiv. Carl war Leiter des Rotfrontkämpferbundes in Langenhorn – dessen Aufgabe war es, Angriffe der aufstrebenden Nazipartei und ihrer SA-Horden abzuwehren.

Nachdem Reichspräsident Hindenburg die Regierungsmacht am 30. 1. 1933 Hitler übertragen hatte, trat am 28. Februar die erste Notverordnung in Kraft, mit der „nur für Kommunisten“ die Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden. Carl Suhling wurde bereits im Juli 1933 das erste Mal verhaftet und im Konzentrationslager Fuhlsbüttel, KolaFu eingesperrt. Nach seiner Freilassung Mitte August 1933 warf er sich nachts „stöhnend und ächzend im Bett herum“, wie Lucie Suhling in ihrem Buch „Der unbekannte Widerstand“[5] schrieb: „Fasste ich ihn an, schlug er um sich. Hatte ich ihn endlich wachgerüttelt, atmete er auf wie nach einem schweren Alptraum. Er bat mich: ‚Bitte fass mich nicht an, wenn Du mich weckst! Ich denke dann, dass sie wieder auf mich einschlagen.‘“

Am 1. Oktober 1934 wurde beide eine Woche nach dem ersten Geburtstag ihrer Tochter Ulla verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Lucie zu zwei, Carl zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Um ihre Tochter kümmerten sich Verwandte. Die ihnen vorgeworfene „gewaltsame Änderung der Verfassung“ bestand darin, unter Anhängern der KPD Geld für mittellose Familien gesammelt zu haben, deren Ernährer von den Nazis eingesperrt worden waren, Parteidokumente zu verstecken und mit einem Kinderdruckkasten, den später ihre Tochter bekommen sollte, Flugblätter mit der Aufschrift: „Wehrt Euch! Es gibt Krieg“ hergestellt zu haben. Außerdem malten sie mit einem befreundeten Ehepaar Parolen an Häuserwände, verkauften die illegale Zeitschrift „Der Klassengewerkschaftler“ und hingen am 1. Mai Fahnen der KPD an markanten Punkten auf.

Im Oktober 1936 wurde Lucie, im März 1937 Carl Suhling aus der Haft entlassen. Aber am 30. Dezember 1938 wurden sie zusammen mit einem 30-köpfigen Freundeskreis rund um Käthe Hochmuth abermals verhaftet: „Die Beschuldigten wurden lange Zeit von der Geheimen Staatspolizei beobachtet und die Ermittlungen mit Hilfe von V-Leuten durchgeführt“, notierte der sie anklagende Oberreichsanwalt in einer Handakte. Die Tochter wurde ins Waisenhaus gesteckt – „ein traumatisches Erlebnis“, so Ulla Suhling.

Die „Ermittlungen“ der V-Leute reichten nicht aus für eine Anklage, und die Inhaftierten belasteten sich auch in den Gestapo-Verhören nicht gegenseitig. Alle Inhaftierten wurden im März 1939 wieder entlassen. Carl Suhling wurde mit Beginn des Überfalls auf Polen aber dienstverpflichtet, als LKW-Fahrer in Polen. Mit neun Jahren sah Ulla Suhling ihren Vater, den sie Cuddl nennt, das letzte Mal: „Auch in Polen durfte ich mitfahren – trotz Lucies sorgenvoller Proteste. Sie wusste, dass Cuddl Kontakte zu Partisanen hatte und seinen Einsatz in Polen dazu nutzte, antifaschistische polnische Kräfte zu unterstützen. Viele der von ihm transportierten Lebensmittel landeten nicht bei der Wehrmacht. Ich habe selbst erlebt, wie er nachts anhielt und im Dunkeln Personen half, auf den Anhänger zu steigen und sie später wieder absetzte.“ Carl Suhling galt in Folge seiner Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ als „wehrunwürdig“, aber nach den deutschen Niederlagen vor Moskau wurde er im Juni 1943 in das „Bewährungsdivision 999“ gesteckt: Es war eine Strafeinheit, bestehend aus Schwerverbrechern – und politischen Gefangenen. Kanonenfutter für den „Endsieg“. Ulla Suhling im Rückblick über diese Zeit: „Cuddl hatte während seiner Zeit im Strafbataillon nie Heimaturlaub gehabt, war immer einfacher Soldat geblieben, nie in eine höhere Charge aufgerückt. Er hatte auch keine Aussicht, je einen Urlaubsschein zu erhalten. 999er erhielten keinen Heimaturlaub – nicht einmal dann, wenn ihre Familien total ausgebombt wurden.“ Carl Suhling ist im März 1945 beim Versuch, zu desertieren und sich den jugoslawischen PartisanInnen anzuschließen nahe Sarajevo ums Leben gekommen. Lucie Suhling überlebte die Nazis und war bis zu ihrem Tod 1981 Mitglied der DKP und der VVN.

Das kleine, gedrungene Haus in der Fuhlsbüttler Straße im Hamburger Stadtteil Barmbek-Nord, in dem Carl Suhling aufgewachsen ist, wurde abgerissen, keine Spur findet sich mehr davon. Auf Bauzäunen werden dort derzeit Eigentums-

Gewerkschaften mobilisieren gegen den FN

Antifaschistische Gewerkschaftertagung am 29. Januar 2014

Mindestens 600 Aktivist/inn/en und Funktionsträger/innen von französischen Gewerkschaften nahmen am Mittwoch, den 29. Januar 2014 an einer ganztätigen Veranstaltung im Pariser Gewerkschaftshaus „gegen die extreme Rechte, ihre Ideen und ihre Praktiken" teil. Am Abend folgte darauf eine Publikumsveranstaltung am Sitz des Gewerkschaftsdachverbands CGT in der Pariser Vorstadt Montreuil, zu der auch weitere Personen – die tagsüber abwesend blieben – hinzukamen, während manche der Teilnehmer/innen der Ganztagesveranstaltung zwischenzeitlich wieder abgereist waren.

Erstmals haben mehrere französische Gewerkschaftsverbände und –zusammenschlüsse damit auf den Einflusszuwachs des Front National und anderer Kräfte der extremen Rechten, einschließlich in den Betrieben und Arbeiterstadtteilen, reagiert. Im Zusammenhang mit dem Heranrücken der französischen Kommunalwahlen vom 23. und 30. März 2014, sowie (besonders) der Europaparlamentswahl vom 25. Mai 2014 – im Vorgriff auf Letztere wird der FN bei den Umfrageinstituten nach wie vor als voraussichtlich stärkste Partei gehandelt – droht der politische Einfluss des FN sich erneut verstärkt zu manifestieren. Zugleich wirbt die extreme Rechte mancherorts mit für ihre „Sache" gewonnenen Gewerkschafter/inne/n für sich.

Im lothringischen Nilvange tritt beispielsweise als Spitzenkandidat für den FN zur Rathauswahl der Ex-Gewerkschafter Fabien Engelmann an. Er war im März 2011 aus der CGT ausgeschlossen worden, nachdem seine Kandidatur für den FN zur damaligen Bezirksparlamentswahl publik geworden war – die betroffene Ortsgruppe der CGT hatte ihr Mitglied damals jedoch unterstützt, und war deswegen durch die Leitung des Dachverbands aufgelöst worden. Nummer Zwei auf der jetzigen Liste des FN zur Rathauswahl ist nunmehr eine Gewerkschafterin, die Mitglied beim Dachverband FO (Force Ouvrière, ungefähr „Arbeiterkraft", der Name wird ohne Artikel benutzt) ist – dem drittstärksten Gewerkschaftsdachverband in Frankreich, vorgeblich „unpolitisch" und gleichzeitig gefährlich politisch schillernd. Im Unterschied zur CGT und mehreren anderen Gewerkschaftsverbänden in Frankreich praktiziert FO gegenüber den Rechtsextremen in ihren Reihen nicht den Ausschluss. Die Leitung von FO fordert von den FN-Kandidat/inn/en in ihren Reihen lediglich, während ihrer politischen Kandidatur jegliche gewerkschaftlichen Funktionen niederzulegen und nicht explizit mit ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft Wahlwerbung zu betreiben (aber den Wähler/inne/n vor Ort ist diese Mitgliedschaft natürlich zum Teil bekannt), um den vordergründig „unpolitischen" Charakter des Verbands zu wahren. Ansonsten hat es bislang Gewerkschaftsausschlüsse gegenüber Rechtsextremen bei der CGT, bei der Union Syndicale Solidaires, bei der FSU (Zusammenschluss von Bildungsgewerkschaften) und auch bei der sozialdemokratisch geführten CFDT sowie der „unpolitisch"-sozialdemokratischen UNSA gegeben – aber grundsätzlich nicht bei FO, und nicht oder selten beim christlichen Gewerkschaftsdachverband CFTC.

Die Tagung vom 29. Januar 2014, die eine Gegenoffensive gegen die extreme Rechte einläuten und gleichzeitig zur „Immunisierung" der eigenen Mitgliedschaft gegen rassistische und rechtsextreme Ideen beitragen soll, wurde durch die CGT (stärkster Dachverband), die Union syndicale Solidaires (Zusammenschluss linker Basisgewerkschaften) und die FSU (Lehrer/innen- und Ausbildungssektor-Gewerkschaften) zusammen organisiert.

Am Vormittag und am frühen Nachmittag arbeiteten die Teilnehmen in vier parallelen Workshops zu inhaltlichen Themen. Zahlenmäßig mit Abstand am stärksten fiel dabei der Workshop zu den kommunalen Praktiken der extremen Rechten (inklusive in den von ihr regierten Städten; der FN verwaltete in den Jahren 1995 bis 2001 insgesamt vier Rathäuser, im Augenblick wird davon nur noch Orange rechtsextrem regiert) aus, ihm war der größte Saal zugeteilt worden. Parallel dazu fanden aber auch Arbeitsgruppen zu den Themen „Rechte von Frauen und Homosexuellen", „Rassismus und Diskriminierung" sowie „Europa" statt. Im Laufe des Nachmittags gab es dann eine Zusammenfassung aus den verschiedenen Workshops für das gesamte Publikum, und es wurde per Akklamation eine Entschließung zur notwendigen Bekämpfung der extremen Rechten durch die Gewerkschaften angenommen.

Bei den Workshops erfuhr mensch dabei viel Konkretes aus den unterschiedlichen Orten, aus denen die Teilnehmer/innen angereist waren. Im lothringischen Forbach etwa befindet sich eine der Kommunen, deren Rathaus der Front National eventuell ab Ende März dieses Jahres übernehmen könnte. Örtlicher Spitzenkandidat ist Florian Philippot, der junge (Anfang dreißig) und überdiplomierte Vizepräsident der Partei. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 hatte er dort 46 % der Stimmen erreicht. CGT-Gewerkschafter von den örtlichen Busbetrieben berichteten, wie die rechtsextreme Partei vordergründig eine geschmeidige Kampagne als „demokratische Formation" führt, während hinterrücks konkret einzelne Gewerkschafter bedroht werden – „wir kennen Dich und Deinen gewerkschaftlichen Werdegang, wenn wir einmal im Rathaus sind, werden wir uns um Dich kümmern" – und nächtlich die Scheiben am Ort einer Gewerkschafterkonferenz eingeworfen wurden. Aus Lyon wurde berichtet, wie die Stadt in vielerlei Hinsicht als „Labor" für unterschiedliche (auch militante) rechtsextreme Gruppen dient. Die außerparlamentarisch tätigen „Identitären" gründen Stadtteilzentren zu vorgeblich „kulturellen" Zwecken, in denen alsbald Sportveranstaltungen (bevorzugt Kampfsport…) und politische Vorträge stattfinden, während alle Kebabläden in der Umgebung in der darauffolgenden Zeit unerbetenen „Besuch" bekommen. Die rechtsextreme „Graswurzel"strategie verzeich-

---

wohnungen angepriesen, die 2014 unter dem Namen „Quartier 294" errichtet und vermarktet werden sollen. „Barmbek-Nord verbindet erfolgreich Historisches mit Neuem, ist authentisch und lebendig" heißt es auf der Internetseite[6]. Aber eine Gedenkplakette für Carl Suhling ist nicht vorgesehen. Wäre wohl schlecht fürs Marketing. *Gaston Kirsche* ■

1 http://www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?RECORD_ID=166

2 Es gibt bereits acht Bücher über die Hamburger Stolpersteine in Barmbek, Hamm, Altona, Wandsbek mit den Walddörfern, Winterhude, St. Pauli, St. Georg und der Isestraße. Herausgegeben von und erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg.

3 Ulla Suhling hat für ein weiteres, noch nicht erschienenes Stolpersteinbuch über Hamburg-Nord eine Biografie ihres Vaters geschrieben. Ihr verdanke ich einen Großteil der Informationen über Carl Suhling.

4 In einem kleinen Haus an der Barmbeker Ringbrücke, nahe des heutigen Margaretha-Rothe-Gymnasiums.

5 Lucie Suhling: Der unbekannte Widerstand, Neuauflage agimos Verlag, Kiel, 1998. Restexemplare sind bei der Willi-Bredel-Gesellschaft Hamburg erhältlich: http://www.bredelgesellschaft.de/schoeps/rb1999.html#Suhling

6 http://www.quartier294.de

Außerparlamentarische Formierung und Faschisierungsprozess:

Rechte Melange macht mobil

Seit Jahresanfang geht es Schlag auf Schlag, Sonntag auf Sonntag, Aufmarsch auf Aufmarsch. Die Rechte und die extreme Rechte nehmen tageweise oder wochenendweise Besitz von der Straße. Gegenüber ist die politische Linke weitgehend gelähmt, gespalten zwischen Anhängern des „kleineren Übels“ und Verfechterinnen einer Oppositionslinie, frustriert und desorientiert über die eskalierende wirtschaftsliberale Orientierung der Regierung.

Am 19. Januar demonstrierten so mehrere Zehntausende Abtreibungsgegner in Paris. An ihrem „Marsch für das Leben“ nahmen laut Veranstalterangaben 40 000, der Polizei zufolge jedoch 16000 Menschen teil. Ihr Demonstrationszug findet zwar alljährlich statt, aber in diesem Jahr war er besonders gut besucht, da er an das aktuelle Geschehen anknüpfen konnte. Das vor kurzem angekündigte Gesetz zum Quasi-Verbot der Abtreibung im Nachbarland Spanien, das am 20. Dezember 2013 vorgelegt wurde, inspirierte die selbsternannten Lebensschützer.

Unter ihnen befanden sich als prominenteste Demonstrant/inn/en der Europaparlamentsabgeordnete des Front National (FN) Bruno Gollnisch und die rechtskatholische Ex-Wohnungsbauministerin Christine Boutin. Auch ein Senator der spanischen „Volkspartei“ (PP) und Mitverfasser des jüngst verabschiedeten Abtreibungsverbotsgesetzes in Spanien, Luis Peral, marschierte in den vordersten Reihen mit. Am vergangenen Samstag fand dagegen die – zahlenmäßig schwächere – Mobilisierung der Befürworterinnen und Befürworter des Rechts auf Schwangerschaftsunterbrechung statt, die vor der spanischen Botschaft protestierten. In Frankreich selbst braucht man sich im Augenblick keine kurzfristigen Sorgen um dieses Recht zu machen, es wurde im Gegenteil soeben durch die sozialdemokratisch-grüne Regierung ausgeweitet, zumindest theoretisch. Seit 1975 war es erlaubt, die Schwangerschaft in den ersten drei Monaten abzubrechen, wobei das Gesetz präzisierte, dies gelte für Frauen in „Leidsituationen“. Letzterer Begriff wird nunmehr aus dem Gesetz gestrichen, wobei er bislang in der Praxis kein Hindernis für eine Abtreibung mehr darstellte. Allerdings wird es in der Praxis vielerorts schwerer, Abbrüche vorzunehmen, weil durch die Sparpolitik viele Zentren geschlossen und Krankenhäuser zusammengelegt werden.



Am darauffolgenden Sonntag, den 26. Januar 2013 waren es mehrere Zehntausend Menschen, die im Rahmen des so genannten „Tags des Zornes“ an einem Protestmarsch in Paris teilnahmen. Dieses Ereignis bündelte unterschiedliche Kräfte, und formal gab es keinen zentralen Veranstalter, sondern lediglich in lockeren Initiativgruppen zusammengeschlossene, weitgehend unbekannte Aufrufer. In Wirklichkeit wurde die Sache weitgehend durch die „Identitären“, eine außerparlamentarische neofaschistische Aktivistenbewegung, gesteuert. Gemeinsame Klammer der teilnehmenden Kräfte war hauptsächlich die Forderung nach einem Rücktritt von Präsident François Hollande, da in den Augen der Einen Frankreich durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Homosexuellenehe in eine „sozialistische Diktatur“ überführt worden ist, während Andere einen angeblich „linken“ Staatschef für grundsätzlich illegitim halten. „Hollande-Rücktritt“ war denn auch die wichtigste Internetadresse, unter der Informationen zu dem Aufmarsch zu finden waren. An ihm nahmen laut Veranstalter angeblich 120 000, der Polizei zufolge 17 000 Menschen teil. Die Wahrheit dürfte irgendwo zwischen zwanzig- und vierzigtausend liegen.

Erstaunlich war, wie vordergründig unterschiedlich die Kräfte waren, die durch die Initiative gebündelt worden. Hauptberufliche Moslemhasser, wie die Kryptofaschisten von der Publikation Riposte Laïque („Gegenschlag der Säkularisten“) oder vom „Komitee Lepante“ – nach dem Ort einer Seeschlacht zwischen Franzosen und Osmanen im Jahr 1571 benannt – demonstriert mit Islamistenfraktionen und besessenen Antisemiten, unter ihnen die Anhänger von Dieudonné M’bala M’bala, der selbst verhindert war. Dessen engster politischer Kumpan Alain Soral, der vor kurzem in einem Buch präzisierte: „Ich bin nicht rechtsextrem, ich bin französischer Nationalsozialist“ und mit einer Mischung aus Antisemitismus und Demagogie bisweilen auch ethnische Minderheiten in Frankreich umgarnt, war dagegen persönlich anwesend. Offen wie in der Form noch nie seit 1945 wurden aus einzelnen Demoblöcken heraus Slogans gerufen wie: „CRS (Bereitschaftpolizei), Polizei der Juden“ oder „Jude, Frankreich gehört Dir nicht“. Im Anschluss an die Demonstration verkündete die Sprecherin des fanatischen Flügels der Gegner der Homosexuellenehe, Béatrice Bourges, von diesem Tag an trete sie in den Hungerstreik, bis ein Absetzungsverfahren gegen Präsident Hollande eingeleitet werde. Dies wird mutmaßlich nicht der Fall sein, zu befürchten ist dennoch, dass Bourges so schnell nicht aus dem Leben abtritt.

Am vergangenen Sonntag (02.02.13) waren es wiederum alte Bekannte, die aufmarschierten, um zum x-ten Mal gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare – das Gesetz dazu ist seit acht Monaten in Kraft getreten – und gegen die „Familienphobie“ der Regierung zu demonstrieren. Mit dabei waren die Anhänger von Béatrice Bourges, die FN-Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen, die Rechtskatholikin Christine Boutin und viele Andere; 80 000 Menschen waren es laut Polizei in Paris und 500 000 nach Angaben der Veranstalter. In Lyon waren es zwischen 20. und 40 000. Die Gallionsfigur der Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe vor einem Jahr, Virginie Telemme alias „Frigide Barjot“, rief dagegen explizit gegen eine Teilnahme auf. In ihren Augen hat die Bewegung zu extreme Züge angenommen.

Bernard Schmid, Paris ■

net einige Erfolge, und bei der Kommunalwahl in Lyon tritt nun einer der „Identitären“ als Spitzenkandidat für den FN zu einem Bezirksrathaus an.

Am Abend sprachen zur Veranstaltung am Sitz der CGT die Vorsitzenden der Studierendengewerkschaft UNEF (William Martinet), der FSU (Bernadette Groison), der Union Syndicale Solidaires (Annick Coupé) und der CGt (Thierry Lepaon). Alle bezeichneten die extreme Rechte als gefährliche Bedrohung für die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften, forderten, wieder in die Offensive zu kommen – für demokratische Rechte, öffentliche Dienste und/oder Klasseninteressen – und die Einflussnahme rechter Ideen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern und –sympathisanten offensiv zu bekämpfen.

Bernard Schmid, Paris ■

Wien: Mobilisierung über die Landesgrenzen hinweg gegen rechtsextremes Großereignis

Störungen für den Burschenschafterball

Bericht von Bernard Schmid aus Wien

Zwei Orte in Europa, zwei Situationen: Während die extreme Rechte am Sonntag, den 26. Januar in Paris einen echten Mobilisierungserfolg – ihrer übelsten Kräfte – verzeichnen konnte *(vgl. dazu nebenstehenden Artikel)* erhielt sie am Vortag in Wien einen ordentlichen Dämpfer.

Über die Landesgrenzen hinaus bedeutet es einen Rückschlag für die extreme Rechte, dass in der Nacht vom 24. zum 25. Januar eines ihrer zentralen Ereignisse in Wien nur unter erheblichen Störungen stattfinden konnte. In der österreichischen Hauptstadt kamen am Freitag Abend einige hundert Menschen für den „Akademikerball" zusammen, wie – seit einem Jahr der neue – und vorgeblich unverfänglichere – Name des früher „WKR-Ball" genannten Ereignisses lautet. Über die Landesgrenzen und bis nach Westeuropa hinaus war das Spektakel besonders dann bekannt geworden, als die Parteivorsitzende des französischen Front National (FN) – Marine Le Pen – am 27. Januar 2012, dem Auschwitzgedenktag vor zwei Jahren, dazu anreiste. Viel wurde danach in der westeuropäischen Presse über „pangermanische Nazis" und arische Hackfressen berichtet.

Das Kürzel WKR steht für den „Wiener Korporationsring", einen Zusammenschluss von derzeit 21 Burschenschaften, von denen die Mehrheit schlagende und farbentragende, also besonders reaktionären Prinzipien verpflichtete Verbindungen sind. Zu den wichtigsten zählt die Burschenschaft Olympia, die derart ungeschminkt großdeutsch ausgerichtet ist, dass sie der Deutschen Burschenschaft (DB) angegliedert ist, und offene Verbindungen zu Holocaustleugnern hält. 2005 lud sie etwa den berüchtigten britischen „Historiker" und Auschwitzleugner David Irving zu einem Vortrag ein. 1991 hatten Angehörige der Olympia beim Deutschen Burschentag in Eisenach einen Antrag eingebracht, in dem es hieß: „Die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Angehörige von fremden Völkern bedroht die biologische und kulturelle Substanz des deutschen Volkes." Auch die ebenfalls dem WKR angegliederte Verbindung Teutonia ist rechtsextrem, gehört seit 2007 ebenfalls dem Dachverband DB an. 2013 führte sie dort die Leitung als „Vorsitzende Burschenschaft". Im Jahr zuvor hatte die Teutonia durch ein wüstes Flugblatt gegen Ariel Muzicant, den Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde (IGK) in Wien, Aufmerksamkeit erregt.

Dass der Ball auch in diesem Jahr stattfinden konnte, wie alljährlich bereits seit 1952, ist eine bittere Feststellung. Angenehmer dagegen ist die Beobachtung, dass die Hindernisse für die Teilnehmer an dem Ereignis stark zugenommen haben. Seit nunmehr fünf Jahren finden regelmäßig Demonstrationen gegen das Ereignis statt, in den Anfängen waren sie noch illegal. In diesem Jahr kamen am Freitag Abend zwischen 6000 und 8000 Menschen zu zwei komplementären Protestzügen zusammen, von denen der eine – der den Burschenschaftern im Aufrufmotto signalisierte: „Unseren Hass könnt Ihr haben!" – eher vom autonomen Spektrum in Gestalt des No-WKR-Bündnis organisiert war. Der andere, organisiert vom Bündnis „Offensiv gegen Rechts" (OGR), war eher von Menschen aus der marxistischen sowie gewerkschaftsnahen Linken auf die Beine gestellt worden. An den Demonstrationen nahmen auch Menschen aus Tschechien, Slowenien, Ungarn, Italien und natürlich aus Deutschland sowie der Schweiz teil, ebenso wie an den Workshopveranstaltungen am Tag danach in den Räumen der Wiener Universität, wo über Antifaschismus in Europa diskutiert wurde. Aber neben den Demonstrationen gab es auch Raum für unterschiedliche fantasievolle Aktionsformen: von der kalten Bierdusche für Rechte, die im Taxi durch die Absperrungen rund um die Wiener Hofburg gelangen mussten, bis zum Einsammeln von Burschenschafterkäppis als Trophäen.

Durch die Gegenmobilisierung, die viel breiter ausfällt als noch in jüngerer Vergangenheit, geriet der Ball auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit erstmals in ein kritisches Augenmerk. Zog das Ereignis in der Vergangenheit noch rund 3000 Menschen jährlich an, so schätzten örtliche Beobachter die reale Teilnehmerzahl in diesem Jahr auf 400 bis 800 – während die Wiener Ortsgruppe der „Freiheitlichen Partei" (FPÖ) offiziell von 1000 sprach. Die FPÖ Wien fungiert heute als offizieller Veranstalter, seitdem der Burschenschafterball unter Druck geriet – weil sie als im Parlament vertretene Formation das Parteienprivileg geltend macht, aufgrund dessen ihr die Anmietung der Hofburg nicht verwehrt werden kann. Doch die Zukunft des Balls steht nunmehr in Frage: 2000 Polizisten waren am Freitag eigens dafür mobilisiert worden, die Kosten für den Einsatz werden auf eine Million Euro geschätzt. Auch wenn die Presse ebenfalls über die Autonomen schimpfte, weil Ausschreitungen am Rande der Demonstration für Sachschaden in der Wiener Innenstadt sorgten, so ist doch das Ansehen des Balls erheblich angeschlagen. Selbst eine öd-blöde Boulevardzeitung wie „Madonna" bezeichnete am Samstag, den 25. Januar 2014 zu allererst das Stattfinden des Balls überhaupt als „Provokation", kritisierte danach ausgiebig das Verhalten der Polizei im Vorfeld, um erst danach (an dritter Stelle) auch über den „Black Block" zu schelten.

Bernard Schmid, Paris ■

Grüne: Gesetzentwurf Abschaffung Optionspflicht

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 16. Januar einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Optionszwangs in den Bundestag eingebracht (Bt.-Ds. 18/185). Dieser sieht vor, dass auch Betroffene, die die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund der derzeit noch geltenden Optionspflicht bereits verloren haben, diese durch eine einfache Erklärung wieder erwerben können, ohne ihre ausländische Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen. Zwar ist auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgehalten, dass die Optionspflicht abgeschafft werden soll (*vgl. Ausgabe 10/13*), allerdings gibt es noch kein entsprechendes Gesetz. Die Grünen drängen mit ihrem eigenen Gesetzentwurf zur Eile. Mit jedem Tag, der verstreicht, entstünden weitere „problematische Fälle“, heißt es im Entwurf der Grünen. Im Laufe des Jahres 2008 ist der Geburtsjahrgang 1990 volljährig geworden. Damit wurden erstmals 3309 junge Menschen optionspflichtig.

Von ihnen haben 2013 diejenigen, die sich nicht für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben oder ihren Beibehaltungsantrag nicht vor ihrem 21. Geburtstag stellten, den deutschen Pass verloren. Wird das Staatsangehörigkeitsgesetz nicht geändert, müssen sich in diesem Jahr weitere 3.815 Doppelstaatler für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

Quelle: http://www.migration-info.de 01-2014 ■

Abschiebungen ins Elend werden gnadenlos fortgeführt

„Die Abschiebungen von Roma, die schon viele Jahre in Deutschland leben, gehen unvermindert weiter. Viele der Betroffenen sehen nur noch das Leben in der Illegalität als Alternative zu Not und Elend im Kosovo“ so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu Abschiebungen in den Kosovo (18/316). Jelpke weiter:

„In den Jahren 2012 und 2013 wurden insgesamt 2221 Abschiebungsverfahren gegen Personen aus dem Kosovo betrieben, drei Viertel gehörten den Roma oder anderen Minderheiten im Kosovo an. 16 Prozent der Betroffenen lebten schon mehr als 14 Jahre in Deutschland. Drei Viertel der Verfahren betrafen Familien mit Kindern und Jugendlichen, die zum Teil in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

In 850 Fällen wurde schließlich auch die Abschiebung vollzogen. Für die restlichen 1371 Personen geben die Behörden an, sie hätten sich zu 75 Prozent der Abschiebung durch Untertauchen entzogen. Diese Menschen wählten also lieber das Leben in der Illegalität in Deutschland, als in absolutem Elend und permanenter Ausgrenzung im Kosovo. Die Roma mit Abschiebungsandrohungen in die Illegalität zu drängen ist eine Katastrophe. Es geht um Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland leben, oftmals sind es Kinder und Jugendliche. Wir brauchen dringend eine humanitäre Bleiberechtsregelung für die Roma und andere Minderheitenangehörige aus dem Kosovo.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 28.01.2014 ■

Sofortiger Abschiebestopp von Roma!

Am Abend des 15.01.2014 wurde gegen 22.30 Uhr eine dreiköpfige Familie aus der Flüchtlingsunterkunft in Rockensußra nach Makedonien abgeschoben. NachbarInnen berichteten, dass die Leitung der Ausländerbehörde in Begleitung von drei Polizeibeamten erschien und die betroffene Familie aufforderte, binnen weniger Minuten ihre Sachen für die Abschiebung zu packen. Weitere BewohnerInnen des Hauses berichteten, dass sich die Familie am Morgen des 16.1.2014 bereits an einem Flughafen befand und kurz darauf per Flieger in Richtung Skopje abgeschoben werden sollte. Weitere Roma-Familien aus Rockensußra sind unmittelbar von der Abschiebung bedroht. Unter ihnen sind auch Menschen die bereits einmal abgeschoben wurden und dabei die Erfahrung gemacht haben, dass sie bis kurz hinter die Landesgrenze ihres Herkunftsstaats gebracht wurden, von wo aus sie auf eigene Faust und eigene Kosten den Weg in ihren Herkunftsort zurücklegen mussten.

Der sogenannte „Winterabschiebestopp“ lief bis zum 15.01.2014. Das Landratsamt Sondershausen konnte es offensichtlich kaum abwarten, geflüchtete Roma in die strukturelle Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und den Winter auf dem Balkan abzuschieben. Weiter berichteten BewohnerInnen der Unterkunft in Rockensußra, dass sie im Kyffhäuserkreis auf verschiedene Weise mit Rassismus konfrontiert sind. So kam es bereits mehrfach vor, dass der Bus nach Sondershausen an der Haltestelle im Dorf nicht anhielt, wenn dort offenkundig nur Flüchtlinge warteten. Ebenso sei es in Sondershausen auf der Straße und in Verkehrsmitteln bereits zu rassistischen Beschimpfungen gekommen. Break Isolation Thueringen

Am 25.01.2014, fand in Erfurt eine Demo für den sofortigen Stopp aller Abschiebungen statt, die von Aktiven aus dem Netzwerk Roma Thüringen mitorganisiert wurde. Nachdem sich der angesetzte Start der Demo um ca. 45 Minuten verspätete setzte sich der Demonstrationszug gegen 13:45 in Bewegung, und wurde von einer deutlich unterbesetzten Polizeieskorte begleitet. Da circa zur selben Zeit ein Fußballspiel von Rot-Weiß-Erfurt und zudem eine Lesung vom NPD-Funktionär Udo Voigt im neuen NPD-Bürgerbüro in Erfurt-Süd (Kammwegklausel) stattfand, unterschätzte die lokale Polizei wohl die Teilnehmerzahl. Die circa 250 Teilnehmer, neben ca. 30 Personen der Roma- Gruppe ansonsten hauptsächlich aus dem antifaschistischem Spektrum, machten während des Demozuges durch die kalte Erfurter Innenstadt lauthals auf ihr Anliegen aufmerksam. Mit Zwischenkundgebungen in der Trommsdorfstraße, die in letzter Zeit des Öfteren auch von der NPD für ihre rassistische Hetze gegen Muslime genutzt wird, über den Anger und den Fischmarkt ging es schlussendlich zum Domplatz zur Abschlusskundgebung.

Quelle: The VOICE Refugee Forum, Jena 23.01.2014 / Antifaschistische Aktion Gotha ■

Tod im Schlepptau der griechischen Küstenwache

12 Flüchtlinge sterben während mutmaßlicher Push-Back-Operation
PRO ASYL fordert internationale Untersuchung

Vor der griechischen Insel Farmakonisi

starben in der Nacht zum 21. Januar 12 Flüchtlinge, als die griechische Küstenwache versuchte, ihr Boot zurück zur türkischen Küste zu schleppen. Dies berichteten die Überlebenden gegenüber dem UNHCR.

Das Fischerboot mit 28 Menschen aus Afghanistan und Syrien an Board kenterte nahe der Insel Farmakonisi im Schlepptau eines griechischen Küstenwacheschiffes. Unter den 12 Toten sind Medienangaben zufolge vor allem Kinder und Babys. Die 16 Überlenden wurden auf die Insel Leros gebracht, wo Mitarbeiter des UNHCR sie gestern befragten. Den Überlebenden zufolge habe das Schiff der Küstenwache ihr Boot in Schlepptau genommen und sei dann bei stürmischer See mit hoher Geschwindigkeit in Richtung türkische Küste gerast. Bevor ihr Boot kenterte hätten die Flüchtlinge in Panik um Hilfe geschrien und auf die an Board befindlichen Kinder hingewiesen.

Die griechischen Behörden sprechen dagegen von einer Rettungsaktion. Man habe das Flüchtlingsschiff in Schlepptau genommen, um die Menschen nach Farmakonisi zu bringen. Währenddessen hätten sich die Flüchtlinge auf einer Seite versammelt, deshalb sei das Boat gekippt. Diese Version steht in krassem Gegensatz zu den Berichten der Überlebenden.

„Dieser Aktion der griechischen Küstenwache war mit höchster Wahrscheinlichkeit keine Rettungsaktion, sondern eine Push-Back-Operation“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Offenbar mussten diese zwölf Flüchtlingen sterben, weil die griechische Küstenwache unverändert an ihrer menschenverachtenden Praktik der Zurückweisung von Flüchtlingsbooten festhält. Der PRO ASYL-Bericht „Pushed back“ vom 7. November 2013 hat zahlreiche solcher Fälle lebensgefährdender Operationen der griechischen Küstenwache – darunter auch Fälle im Einsatzgebiet um Farmakonisi -minutiös beschrieben.

Der tödliche Einsatz der Küstenwache muss schnell und lückenlos aufgeklärt werden. Pro Asyl fordert die Einleitung eines Strafverfahrens in Griechenland. Angesichts der bisherigen Untätigkeit der griechischen Behörden bei der Aufklärung zu den systematischen Zurückweisungen in der Ägäis fordert PRO ASYL eine unabhängige internationale Untersuchungskommission. “Es stellt sich zudem die Frage, wie lange die Europäische Kommission diesen Menschenverstößen noch tatenlos zusehen will“, so Kopp. Die Kommission muss darlegen, was sie zu tun gedenkt, damit Griechenland die menschenrechtwidrigen Praktiken der Zurückweisung von Schutzsuchenden endlich beendet.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 22.01.2014 ■

Abschiebung nach Afghanistan abgebrochen

Während der Bürgerkrieg in Afghanistan eskaliert, schiebt Bayern weiterhin Flüchtlinge ab. Heute sollte es Hadi Arefi (22) aus Dachau treffen. AktivistInnen protestierten am Flughafen, der Flüchtlingsrat startete eine Faxaktion und reichte eine Petition ein. In letzter Sekunde wurde die Abschiebung abgebrochen, doch dies ist nur ein Aufschub.

Mit dem beginnenden Truppenabzug aus Afghanistan und dem Erstarken der Taliban ist das Bürgerkriegsland so unsicher wie seit Jahren nicht mehr. Mit dem Abzug der ISAF Truppen droht der Bürgerkrieg weiter zu eskalieren. Derzeit findet daher eine Neubewertung der Sicherheitslage statt, die zu einem Abschiebestopp führen könnte. Während andere Bundesländer Abschiebungen daher aussetzen, wird in Bayern noch schnell vollzogen.

Am heutigen Mittwoch, den 29.01.2014, sollte Hadi Arefi abgeschoben werden. Seitens des Bayerischen Innenministeriums wurde immer wieder der Eindruck erweckt, dass nur Straftäter abgeschoben werden. Der 22-Jährige Hadi Arefi hat jedoch nie Straftaten begangen und gilt ganz im Gegenteil als besonders gut integriert in Dachau. Er spricht sehr gut Deutsch, arbeitet in einer Wäscherei, hat Freunde gefunden und spielt in einer Hobbymannschaft Fußball. In Afghanistan hat er keine Familienangehörigen, da diese ebenfalls geflohen sind. Herr Arefis Asylantrag war im Juni 2013 abgelehnt worden und er lebte, wie knapp 700 weitere Afghanen, nur geduldet in Bayern. Am Dienstag im Morgengrauen stand dann ohne Vorwarnung die Polizei vor der Tür und verhaftete ihn, um die Abschiebung durchzusetzen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat reichte eine Landtagspetition ein, die jedoch wirkungslos blieb. Proteste von AktivistInnen am Flughafen und eine Faxkampagne folgten. Kurz vor dem Abflug wurde die Abschiebung abgebrochen, wahrscheinlich da Herr Arefi sich wehrte. Damit ist die Gefahr jedoch nicht gebannt. Herr Arefi wird in Abschiebehaft gebracht werden, bis ein neuer Abschiebetermin gefunden wird.

Laut UN-Mission in Afghanistan sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 23 Prozent mehr zivile Opfer gezählt worden. Personen, die sich der Rekrutierung durch die Taliban widersetzen, sind dem Risiko ausgesetzt als vermeintliche Regierungsspione getötet oder auf andere Weise bestraft zu werden. Insbesondere Abgeschobene aus westlichen Staaten sind zudem besonders in Gefahr als Spione des Westens von den Taliban verfolgt zu werden oder Opfer des boomenden Geschäfts mit Entführungen zu werden.

„Wir sind empört und schockiert, dass das Bayerische Innenministerium gut integrierte junge Männer in ein gefährliches Bürgerkriegsland abschiebt.“, erklärt Valeska Siegert vom Bayerischen Flüchtlingsrat, „Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp für Herrn Arefi und andere Bürgerkriegsflüchtlinge.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 29.01.2014 ■

Bundespolizei weitet zweifelhafte Abschiebekooperationen aus

„Bundespolizei und Ausländerbehörden versuchen auf Biegen und Brechen, Pässe für geduldete Menschen zu besorgen um sie so abschieben zu können. Die zwangsweise Vorführung vor der Botschaft des vermeintlichen Herkunftsstaates zur Beschaffung von Passersatzpapieren ist ein dunkles Kapitel deutscher Abschiebepolitik.“ so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur zwangsweisen Vorführung von ausländischen Staatsangehörigen vor die Botschaften ihrer vermeintlichen Herkunftsstaaten (18/341). Jelpke weiter:

„Den deutschen Behörden ist es ein Dorn im Auge, dass viele Abschiebungen an fehlenden Passpapieren scheitern. Deshalb werden ausreisepflichtige Ausländer ohne Passpapiere zur Identifizierung den Botschaften ihrer vermeintlichen Herkunftsstaaten vorgeführt, um Passersatzpapiere zu erhalten und so das wesentliche Abschiebehindernis zu beseitigen. Diese Vorführungen werden zum Teil in Amtshilfe für die Ausländerbehörden durch die Bundespolizei durchgeführt. Im Fokus der Bundespolizei stehen dabei die westafrikanischen Staaten. Mit Ghana, Guinea, der Cote d`Ivoire und Niger sind 2012 weitere Staaten hinzugekommen, für die die Bundespolizei bei der Passbeschaffung mit Zwangsmitteln behilflich ist. Die Liste umfasst aktuell 16 Staaten des westlichen Afrika.

Gerade einmal jede fünfte Person, die zwangsweise der Botschaft ihres mutmaßlichen Herkunftsstaates vorgeführt wird, erhält auch ein Passersatzpapier (341 von 1581). Die Botschaften verlangen zum Teil immense Gebühren allein für die Vorsprache vermeintlich eigener Staatsangehöriger von bis zu 250,- Euro und bis zu 300, Euro für die Erteilung eines Passersatzpapiers. Auch unabhängig von diesen zweifelhaften Gebühren werden massiv Ressourcen und Personal gebunden, um auf Biegen und Brechen eine Abschiebung durchsetzen zu können. Diese Ressourcen sollten besser für eine Integration der Betroffenen verwendet werden, die häufig seit Jahren in Deutschland nur geduldet werden.“

Die Antwort der Bundesregierung und ein Vermerk mit einem Überblick über

„Lampedusa in Hamburg“

Großdemonstration 1. März

Die Überlebenden des NATO Kriegs in Libyen „Lampedusa in Hamburg“
We fight for our rights – Wir kämpfen für unser Recht – Nous luttons pour nos droits
Zwei Konferenzen und Großdemonstration am 01. März 2014 eine neue Phase in unserem Kampf

Ein Jahr nach der Beendigung des EU Programms „emergencia Africa norte“, ein Jahr Leben auf der Straße, drei Jahre nach dem NATO Krieg in Libyen, drei Jahre seit dem Trauma des Krieges und dem Verlust von allem außer dem nackten Leben, zehn Monate des Kampfes für die Anerkennung unserer Rechte in Hamburg, zehn Monate zwischen der Solidarität aus der Gesellschaft und der Ignoranz durch die Regierung steht unser Leben und das unserer Familien immer noch auf dem Kopf. Mit fortschreitender Zeit ohne Veränderung unserer rechtlichen Situation, die uns ermöglichen würde, endlich ein „normales“ Leben zu beginnen, wächst die psychische Belastung auf die Mitglieder unserer Gruppe. Der Satz „Wir haben nicht den NATO Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben“ wurde oft von Außenstehenden als übertrieben bezeichnet.

Aber schon bevor wir kamen, starben Menschen, die in Deutschland Schutz und Asyl suchten. Sie sterben in den Lagern aufgrund der Isolation, der Entrechtung und dem mangelndem Zugang zu lebensnotwendiger Versorgung. Ein Flüchtling aus einem Lager in Nördlingen in Bayern beschrieb das jüngst so: „Lager müssen geschlossen werden, da wir Flüchtlinge in diesen Lagern sterben an jedem Tag! Die Menschen in den Lagern sind so frustriert, dass sie Selbstmord begehen.

Man geht zum Arzt, der einen nur ansieht und sagt, man sei in Ordnung, obwohl man innerlich stirbt“

In Hamburg ist im November 2013 Samuel Mensah gestorben, weil er wie in Italien zuvor gezwungen war, auf der Straße zu leben. Mitglieder unserer Gruppe hatten ihn bereits einen Monat zuvor krank auf der Straße gefunden und ihn ins Krankenhaus gebracht. Unsere Gruppe hat in der Zwischenzeit mehrere Familienmitglieder in der Heimat verloren. Die anhaltende Situation nicht arbeiten zu dürfen, gibt uns keine Möglichkeit, Geld für nötige Medizin oder den Krankenhausbesuch zu schicken.

Im Kreislauf von Flucht und Abschiebung verlieren so viele Menschen ihr Leben. Die wenigsten davon sind Europäer – mit Ausnahme der Roma, die eine bis heute verfolgte Bevölkerungsgruppe innerhalb Europas ist. Wir haben viel gesehen, in den knapp 3 Jahren unseres Überlebens in Europa. Das Bild des vereinten, demokratischen, humanen, zivilisierten Europa, welches Europa von sich selbst vermittelt, hat nicht viel mit dem zu tun, was wir erleben und noch weniger mit der kolonialen Kontinuität auf unserem Kontinent. Diese erfahren wir alltäglich durch die gnadenlose Ausbeutung und die Unterdrückung jeglichen Strebens nach Unabhängigkeit und Souveränität.

Am 17. Januar jährte sich zum dreiundfünfzigsten Mal der Tag der brutalen Ermordung von Patrice Lumumba, dem Führer des kongolesischen Unabhängigkeitskampfes und erster Premierminister der Demokratischen Republik Kongo. Einer der vielen politischen Morde im Auftrag der ehemaligen Kolonialmächte (wieso sagt man eigentlich ehemalig). Thomas Sankara löste Burkina Faso aus der kolonialen Kette und rief zur antikolonialen Vereinigung Afrikas. Nur drei Jahre Präsidentschaft von 1984 bis 1987 überlebte er. In Togo wurde am 23. Juli 1992 der junge sozialistische Politiker, Tavio Amorin, auf offener Straße erschossen. Sein Widerstand gegen die von Europa gestützte Diktatur in seinem Land fand große Unterstützung in der Bevölkerung und erzeugte mörderische Angst im Regime.

Diejenigen, die sich offen gegen das uns aufgezwungene Elend gewehrt haben, wurden und werden ermordet und manchmal wurden die Mörder zu Präsidenten – nicht mit der Macht des Volkes sondern der Waffen, die Europa seinem neuen Vasallen verkauft für die reibungslose Ausplünderung der bitter benötigten Rohstoffe. Mehr Elend, mehr Waffen, mehr Gewalt, mehr Unsicherheit, mehr Menschen fliehen. Afrika darf nicht unabhängig sein, weil Europa von Afrika abhängig ist. Das ist ein Teil der Wahrheit über den NATO Krieg in Libyen und auch über die Teilung des Sudans, des Kriegs in Mali und Zentral Afrika. Kongo, das Herz Afrikas blutet seit der Ankunft der Europäer bis heute in Strömen.

Wurden unsere Vorfahren damals in Ketten geschlagen und von Afrika auf andere Kontinente verschleppt, werden wir, die Nachfahren, heute in Europa in Ketten geschlagen und nach Afrika deportiert.

Das Bild des vereinten, demokratischen, humanen, zivilisierten Europas, das wir erleben, hat nicht viel mit dem Bild zu tun, was Europa in unseren Ländern von sich vermittelt. Europa nennt sich eine Union und solidarische Staatengemeinschaft, dabei wächst das Reichtum-Armut Gefälle regional und von Land zu Land extrem. Heute in Zeiten der europäischen Finanzkrise hören wir, dass täglich 100 Isländer aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und Armutsperspektiven Island verlassen. Und in den Nachrichten hören wir über die Angst vor Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen, die jetzt Unionsbürger sind. Dann hören wir immer wieder, dass Deutschland in vielen Bereichen Facharbeiter braucht, während

Quelle: Reinhard Schwandt, Demo 25.1.2014



die Entwicklung der vergangenen Jahre kann hier auf meiner homepage heruntergeladen werden: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2848
Ulla Jelpke. 30.1.2014 ■

Immer mehr Flüchtlinge ohne inhaltliche Prüfung abgeschoben

Immer mehr Flüchtlinge in Deutschland sind von einer Abschiebung ins europäische Ausland bedroht, z.B. nach Polen, Ungarn oder Bulgarien – allesamt Staaten, in denen Flüchtlinge keine menschenrechtlich akzeptablen Aufnahmebedingungen vorfinden. Die Zahl der sog. „formellen Entscheidungen" lag bereits 2013 bei fast 40% und ist zum Ende des letzten Jahres noch einmal drastisch angestiegen. Neben Antragsrücknahmen und sonstigen Verfahrenseinstellungen (z.B. wegen Unerreichbarkeit des Flüchtlings) verbergen sich dahinter v.a. Verfahrenseinstellungen auf Grundlage der sog. Dublin II (III) – Verordnung. Etwa jeder vierte Asylantrag wurde in Deutschland bereits im dritten Quartal des Jahres 2014 nicht inhaltlich beschieden (ergänzende Asylstatistik_2013 III). Es ist skandalös, wie sich die Bundesregierung unter Verweis auf die formalen Zuständigkeitsregelungen der Dublin III – Verordnung einer immer größeren Zahl von Flüchtlingen durch Abschiebung entledigt, ohne auf die vorliegenden Erkenntnisse von UNHCR und Menschenrechtsorganisationen auch nur im Ansatz zu reagieren. Entsprechend hat sich auch der Anteil der Abschiebungen in Dublin III – Vertragsstaaten in Niedersachsen von etwas über 20% (120 von 563) auf fast 50% (310 von 649) mehr als verdoppelt.

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hat immer wieder auch öffentlich erklärt, dass er einen anderen Umgang mit Flüchtlingen und eine Prüfung von Abschiebungen im Einzelfall will. Für Dublin III – Verfahren aber sind nicht niedersächsische Behörden zuständig, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und damit der Bundesinnenminister. Die fatale Konsequenz ist, dass der Bund Abschiebungen anordnet, die die Länder (in Amtshilfe) zu exekutieren haben. Niedersachsen kann zwar die Form der Abschiebungen beeinflussen, also etwa Ankündigungen verschicken und Termine mitteilen, hat aber auf die Entscheidung in der Sache, ein Asylverfahren in Deutschland nicht durchzuführen und die Abschiebung anzuordnen, keinen Einfluss. Nur wenn externe Faktoren – etwa vorliegende Krankheiten – einer Abschiebung entgegen stehen, haben die niedersächsischen Behörden einen Einfluss. Tatsächlich liegen die Abschiebungszahlen in Niedersachsen 2013 höher als noch während der Amtszeit von Uwe Schünemann.

Die Presseerklärung des Flüchtlingsrats Brandenburg vom 27.01.2014 zum Schicksal einer aus Deutschland nach Polen abgeschobenen Familie verdeutlicht, zu welchen fragwürdigen Abschiebungen es im Einzelfall kommt. Wir werden nicht tatenlos hinnehmen, dass immer mehr an Leib und Leben bedrohte und verfolgte Flüchtlinge unter Verweis auf formale Zuständigkeitsregelungen in Länder abgeschoben werden, in denen sie keine Existenzmöglichkeiten und kein faires Asylverfahren erwarten können.

Kai Weber
PM www.nds-fluerat.org ■

---

uns eine Arbeitserlaubnis verweigert wird. Sind wir für die Wirtschaft auf dem irregulären Arbeitsmarkt profitabler oder ist es staatlicher Rassismus?

Für unsere Brüder und Schwestern, die in deutschen Asyllagern ihre Lebensjahre und ihre Gesundheit verlieren, stellt sich diese Frage längst nicht mehr. Rassistisch sind nicht nur die Personenkontrollen, die zuletzt in Hamburg erfreulicherweise eine große und vehemente Ablehnung aus Teilen der Bevölkerung erfahren haben, rassistisch ist das ganze System der hoch organisierten Isolation, der Sonderbehandlung vom Lager über Essenspaket und Gutschein, Duldung , Abschiebehaft und Abschiebung. Rassismus ist unsere Erfahrung mit der Haltung des Hamburger Senats. Wenn wir sagen, wir wären nicht hier, wenn wir in Italien hätten leben können und der Bürgermeister der Stadt sagt Hamburger Schülerinnen und Schülern auf deren Nachfrage „… Italien ist ein wunderschönes Land….", verstehen wir, dass er nicht mit uns selbst sprechen möchte. Was wir nicht verstehen, dass dies von vielen nicht als Rassismus gesehen wird.

Ohne den NATO Krieg in Libyen wären wir nicht in Europa. Wir sollen jetzt auf Europas Straßen leben und sterben, aus Sicht des Senats möglichst nicht in Hamburg sondern besser in Italien. Und wenn die Gesetze dies sagen, dann sind sie rassistische Gesetze. Und eine Gesellschaft, dies das akzeptiert, muss sich rassistisch nennen.

Aber zusammen können wir lernen, Rassismus zu überwinden und die kolonialen Ketten zu zerreißen.

An unserem kleinen Protestzelt sind über die Monate so viele Menschen verschiedenster Herkunft gekommen, sich zu informieren, Rat und Hilfe zu suchen, uns Solidarität auszusprechen oder etwas Brot oder etwas zu trinken zu bekommen. Unserem Slogan „We are here to stay" an die Menschen in der Stadt, ist der Slogan der UnterstützerInnen „Wir sind mehr" dazugekommen.

Es ist viel passiert in den letzten Monaten und Wochen im Zusammenhang mit unserem Kampf für die Anerkennung unserer Rechte in Hamburg. Wir sind nach wie vor überwältigt von der großen Solidarität und Sympathie für uns in Hamburg. Während am Anfang noch stärker unsere Stimme und unsere Situation in der Öffentlichkeit und in der öffentlichen Debatte standen, wurden es später die Positionen und Handlungen von unterstützenden Kreisen innerhalb der breiten Solidaritätsbewegung, die die öffentliche Debatte bestimmen. Auch Versuche unsere Selbstbestimmung zu unterlaufen, haben stattgefunden und manche betreiben auf unsere Kosten ein falsches Spiel. Aber das passiert in jedem Kampf. Es ist wichtig, dies zu erkennen, aber nicht daran hängenzubleiben. Deshalb wollen wir den verschobenen Blickwinkel zurück auf den Kern des Problems, das uns verbindet, richten.

Zwei Konferenzen sollen das Verständnis und das Bewusstsein über die Zusammenhänge von der Europäischen Außenpolitik und dem Anwachsen von Flucht und erzwungener Migration vertiefen. Erfahrungen des Widerstands, die Bedeutung von Solidarität und der Aufbau von tragfähigen, lokalen Gemeinschaften geben Antworten auf die Frage „Was tun?"

Großdemonstration und politisch kulturelle Parade
Samstag, 01 März 2014, 13.00Uhr
Hamburg-Hbf, Hachmannplatz

Der Umzug soll mit möglichst vielen verschiedenen Installationen und Skulpturen die Inhalte des Protests visualisieren. Weltwirtschaft, Krieg, Flucht, Vertreibung, Lagersystem, rassistische Staatsgewalt, Widerstand, Solidarität, Basisgemeinschaften sind einige Stichworte zu denen kreative Darstellungsformen gesucht werden. Live-Music-Acts sindebenfalls Teil des Programms.

Die Veranstaltungen werden organisiert von der Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge „Lampedusa in Hamburg", dem Unterstützungskomitee und der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen"

Infos zu den Konferenzen und der Demonstration unter www.lampedusa-hamburg.de Kontakt: free2move[ät]nadir.org

Wir brauchen dringend Spenden, da täglich Kosten anfallen, insbesondere für Mobilität in der Stadt, für die Unterhaltung des Protestzelts, für die alltägliche Versorgung mit dem Nötigsten, für Telefonkarten (Kontakte zu unseren Familien), etc.

Förderverein Karawane e.V. Stichwort: HAMBURG
Kontonummer: 40 30 780 800, IBAN: DE28 4306 0967 4030 7808 00, BIC: GENO DE M1 GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ: 430 609 67
Quelle: www.lampedusa-hamburg.de 20.01.2014

Kieler Innenministerium lockert „Residenzpflicht“

Flüchtlingsrat SH begrüßt die neue Erlasslage und fordert die Abschaffung der Wohnverpflichtung.

Nach einer Presseverlautbarung vom 29.1.2014 dürfen Asylsuchende und Geduldete künftig auch die schleswig-holsteinischen Landesgrenzen in sämtliche anderen Bundesländer verlassen, ohne zuvor Erlaubnisse bei den zuständigen Ausländerbehörden zu beantragen.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die neue Regelung ausdrücklich.

Nach Verlauten aus dem Ministerium greift der diesbezügliche schleswig-holsteinische Erlass einer im Bundeskoalitionsvertrag avisierten bundesweiten Regelung vor und nimmt die bisher schon in Hamburg umgesetzte Verwaltungspraxis zum Beispiel.

Die sogenannte „Residenzpflicht“ und die mit ihr einhergehenden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, waren in der Vergangenheit dafür verantwortlich, dass die Integration von Flüchtlingen nicht nachhaltig gelingen konnte. Diese aus Sicht von Flüchtlingsorganisationen inhumane Regelung behindert nicht nur die soziale Integration, sondern auch den erfolgreichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitssuche. Im Ergebnis fördert die „Residenzpflicht“ die von den Betroffenen unverschuldete Abhängigkeit von Sozialleistungen.

Der Flüchtlingsrat bedauert indes, dass die für Asylsuchende und Geduldete geltende Wohnverpflichtung von der künftig gelockerten schleswig-holsteinischen Residenzpflicht-Regelung unberührt bleibt. Die Aufhebung der Wohnverpflichtung wäre aus Sicht des Flüchtlingsrates hingegen politisch vernünftig und im Interesse einer „flüchtlingsfreundlichen Integrationspolitik“ (A. Breitner) dringend geboten. Das Festhalten der Politik an diesem Instrument einer überkommenen Flüchtlingsabschreckungspolitik wird von Entscheidungsträgern i.d.R. mit Sozialleistungszuständigkeiten der jeweiligen Kommunen begründet. Flüchtlinge, die sich frei bewegen und ihren Wohnsitz dort nehmen könnten, wo für sie zuträgliche soziale und Erwerbsintegrationsbedingungen herrschen, würden indes kaum den Leistungsträgern anheim fallen.

Der Flüchtlingsrat bedauert darüber hinaus, dass nach Verlauten des Innenministeriums wohl auch bei der künftig gelockerten Regelung zur „Residenzpglicht“ in „begründeten Einzelfällen“ die Erlaubnis versagt werden könne. Diese Ausnahmemöglichkeit hatte in der Vergangenheit in zwei Kreisen des Bundeslandes (SE, OH) zu quasi regelmäßiger Anwendung geführt. Für die übergroße Mehrheit der dort lebenden Flüchtlinge wurde entgegen der grundsätzlichen Erlasslage die Bewegungsfreiheit im Ergebnis doch auf das Kreisgebiet beschränkt (siehe PE des FRSH v. 6.12.2013).

gez. Martin Link

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 29.01.2014

Zu der Presseerklärung des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein schreibt der Flüchtlingsrat Niedersachsen:

„Im Vorgriff auf eine avisierte Neuregelung der Bundesregierung und in Anlehnung an eine entsprechende Praxis in Hamburg – die wir noch nicht kennen – schafft das Land Schleswig-Holstein die Residenzpflicht für das Gros der Asylsuchenden und Geduldeten faktisch ab.

Wir verstehen dies als einen ersten Schritt auf dem Weg zur bundesweiten Abschaffung der Residenzpflicht und haben das niedersächsische Innenministerium gebeten, die Residenzpflicht ebenfalls abzuschaffen und darüber hinaus die rigide Praxis der Erteilung von Wohnsitzauflagen zu überprüfen.“

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 29.01.2014 ■

Rückblicke und Perspektiven antirassistischer Bewegungen

No Border Lasts Forever* Konferenz III 21.-23. Februar 2014

Studierendenhaus/ KOZ, Universität Frankfurt-Bockenheim, Mertonstr. 26-28

Vor zwei Jahren fand die letzte No Border Lasts Forever Konferenz in Frankfurt statt. Zwei Jahre andauernder Kämpfe und Veränderungen in antirassistischen und selbstorganisierten Bewegungen der Migrant_innen. Besonders hervorzuheben: der Aufstand der Flüchtlinge, der sich bundesweit und transnational (auch außerhalb Europas) in vielfältigen und starken Kämpfen und Initiativen ausdrückt.

Flüchtlinge marschierten von Würzburg nach Berlin. Dort ist der Oranienplatz seit mehr als einem Jahr besetzt und setzt damit die Lebensrealität von Flüchtlingen in Deutschland wieder auf die politische Tagesordnung. „Lampedusa in Hamburg“ überbrückte nicht nur die Distanz zwischen der Mittelmeerinsel und der norddeutschen Hafenstadt, sondern schuf zugleich in der Hansestadt ein starkes Netzwerk mit der klaren Forderung für ein Bleiberecht. In Baden-Württemberg nahm sich eine Gruppe afghanischer Flüchtlinge aus Ungarn ihr Recht auf Bewegungsfreiheit und stellt das Dublin II-Regime in Frage. Das Tribunal in Berlin prangerte systematisch die unmenschliche deutsche Flüchtlingspolitik an. In Bayern mobilisierte eine Kampagne mit Hungerstreiks, Märschen und Besetzungen viele Flüchtlinge und greift

damit Regelungen wie Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz an, unterlegt wird dies von einer klaren Forderung fürs Bleiberecht. Bundesweit finden in Lagern selbstorganisierte Proteste und Touren statt, um die Isolation zu durchbrechen. Der Widerstand gegen Abschiebungen geht weiter und intensiviert sich. Die neue Sichtbarkeit von Flüchtlingskämpfen ist nicht auf Deutschland beschränkt, Protestcamps entstehen inmitten großer europäischer Städte wie Amsterdam und Wien. Es finden Revolten und Hungerstreiks in vielen Gefängnissen entlang der Grenzen Europas statt, „no fingerprint“-

Demonstrationen in Lampedusa, sit-in-Proteste in Tunis und wiederholte Massen-Stürmungen der Zäune von Ceuta and Melilla. Aktuell erleben wir eine transnationale Verstetigung und Verfestigung der Kämpfe um Bewegungsfreiheit.

Gleichzeitig sind wir mit der andauernden Grausamkeit des europäischen Grenzregimes konfrontiert, das unverändert Tod und Leid schafft. Trotz öffentlicher Aufmerksamkeit für die Tragödie von Lampedusa im Oktober 2013 wird Frontex ausgebaut und gestärkt und Euro-SUR (European Surveillance System) eingeführt. Überall in Europa nehmen rassistische und populistische Mobilisierungen zu und bedrohen damit wichtige Errungenschaften und Fortschritte der letzten Jahrzehnte.

Aufgrund dieser Entwicklungen bedarf es eines politischen Raumes der Kommunikation, Diskussion und Solidarität, um unter Anerkennung ihrer Vielfalt und Diversität die antirassistischen Kämpfe voranzubringen sowie die Möglichkeit kollektiver Antworten zu befördern. Genau diesen Ort produktiver Diskussion soll die Konferenz bereitstellen, um über Visionen, Erfolge, Strategien, Herausforderungen und Fehler in solidarischem Miteinander sprechen können.

Die Konferenz wird von antirassistischen, selbstorganisierten Flüchtlings- und Migrant_innengruppen sowie transnationalen Netzwerken organisiert.

Erstunterzeichner_innen und Vorbereitungsgruppen:

Aktivist_innen von Asylumstrike Berlin, Lampedusa in Hamburg, The Voice Refugee Forum, Karawane München, Welcome to Europe, Afrique Europe Interact, kein Mensch ist illegal Hanau and Darmstadt, Teachers on the Road Mainz, Noborder Frankfurt, Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, NoLager Bremen, Jugendliche Ohne Grenzen (JOG),Women in Exile and friends, Halk Evi Darmstadt, Refugee movement Sachsen-Anhalt, Aktion Bleiberecht Freiburg, Refugee Council Hamburg, No Lager Halle, Infomobile Greece, AGIS Darmstadt

Für weitere Informationen:

Web: conference.w2eu.net

conference@w2eu.net

Unterstützt durch den AStA der Goethe-Universität Frankfurt und DGB Jugend Frankfurt

* No Border Lasts Forever – ein Titel mit doppelter Bedeutung: keine Grenze ist für immer & No Border-Kämpfe gehen immer weiter.

V.i.S.d.P.: H.Kopp, Hanau

Quelle: conference.w2eu.net

Aktionsbündnis „Deutsche Stimme" abschalten!

Podiumsdiskussion zur Rolle des NPD-Verlages am 18. Februar in Riesa

Der „Deutsche Stimme Verlag" (DS) nimmt eine zentrale Stelle im Geflecht aus NPD und militanten Neonazis ein. Der Verlag gibt monatlich die Parteizeitung der NPD und zahlreiche weitere neofaschistische Schriften heraus. Zudem beherbergt sein Sitz in der Riesaer Geschwister-Scholl-Straße mehrere NPD-Parteibüros.



Um dieser Tatsache abzuhelfen, hat sich ein Aktionsbündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien gegründet. Ziel ist die Durchführung eines gemeinsamen Aktionstages am 21. Juni, der den Protest vor die Haustür der NPD bringen wird. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Riesas, aber auch darüber hinaus, sollen ermutigt werden, sich gegen den DS-Verlag auszusprechen.

Als Auftakt laden wir zu einer Veranstaltung ein, die die Rolle des Verlages in der Politik der NPD beleuchten wird:

Keine (Deutsche) Stimme für Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus! – Podiumsdiskussion zum Verlag der NPD in Riesa

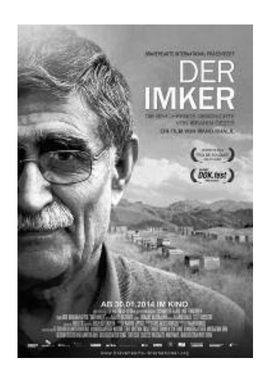
Im Podium:
Henning Homann (MdL SPD), Miro Jennerjahn (MdL Bündnis90/Grüne), Kerstin Köditz (MdL DIE LINKE), Moderation: Holm Theinert (VVN-BdA Sachsen)
18.Februar / 18.00 Uhr im Stadtmuseum Riesa, Haus am Poppitzer Platz

Vorankündigungen

8.-20. Juni: Ausstellung der VVN-BdA „Neofaschismus in Deutschland", Stadtmuseum Riesa; Veranstalter IG Metall Riesa
21. Juni: Aktionstag gegen die „Deutsche Stimme"
Aktionsbündnis „Deutsche Stimme abschalten!"

SPD Sachsen, Bündnis 90/Grüne Sachsen, DIE LINKE. Sachsen, DGB Sachsen, IG Metall Riesa, ver.di Riesa, VVN-BdA, Förderverein Ehrenhain Zeithain Berlin/Dresden/Riesa, 30.01.2013 Kontakt: VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030-29784174, bundesbuero@vvn-bda.de http://www.vvn-bda.de/aktionsbundnis-deutsche-stimme-abschalten-stellt-sich-vor/

„Der Imker" in den deutschen Kinos (ab 30.01.2014)



Ibrahim Gezer hat alles verloren. Er wird aus der engen Gemeinschaft seines kurdischen Bergdorfs vertrieben, verliert seine Bienenvölker – seine Lebensgrundlage, seine Familie. Was ihm bleibt, ist die Liebe zu den Bienen, die Verbindung zur Natur und ein unerschütterliches Vertrauen in den Menschen. In der Schweiz, seiner neuen Asylheimat, wird er vom Räderwerk der Bürokratie erfasst, in eine winzige Stadtwohnung einquartiert und dem Montageband einer Behindertenwerkstadt zugeteilt. Die Geschichte erzählt, wie Ibrahim trotz schwerer Schicksalsschläge sein Vertrauen in die Menschen bewahrt und wieder zu seiner Leidenschaft, den Bienen, zurückfindet…

Weitere Infos sind unter folgenden Links zu finden:
http://www.braveheartsinternational.com/de/Filme/der-imker
http://www.derimker.ch/
Der Trailer zum Film ist hier zu finden:
http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=yDvkSo9TeR8
Und ab wann der Film in welcher Stadt läuft, ist hier zu finden:
http://www.braveheartsinternational.com/de/der-imker/aktuelle-kinotermine
Wir als Civaka Azad unterstützen den Film „Der Imker" und würden uns freuen, wenn der Film ein möglichst großes Publikum erreicht.

Civaka Azad

13.02.2014 Dresden ruft – keinen Meter der extremen Rechten

Am 13. Februar 1945 warfen die Alliierten Bomben auf die damalige Gaustadt Dresden, welche als militärischer Umschlagplatz für die Wehrmacht diente.

Über etliche Jahre haben Vertreter der extremen Rechten an den Jahrestagen mit „Trauermärschen" versucht, ihre geschichtsrevisionistische Propaganda zu verbreiten. Seit 2010 wurden dank dem Bündnis „Dresden nazifrei" die Märsche friedlich blockiert.

Am 20. Januar 2014 informierten die Veranstalter des bisherigen geschichtsrevisionistischen „Trauermarsches", dass sie statt einer Demonstration nur eine stationäre Kundgebung abhalten wollen. Auch wenn es nach einem Teilsieg für alle antifaschistische Kräfte aussieht, so werden wir am 13. Februar 2014 in Dresden den Geschichtsrevisionisten und Vertretern der extremen Rechten entgegentreten und ihnen den öffentlichen Raum streitig machen.

Anlaufpunkte für den 13.2.2014:

14.30 Uhr, ab Schützenplatz – Mahngang Täterspuren
17 Uhr, Innenstadt, Altstädter Seite – Beginn der Menschenkette zum 13. Februar
17:30 Uhr Hauptbahnhof Dresden

Informiert euch bitte vor dem 13. Februar auf der Website www.dresden-nazifrei.com über Neuigkeiten und Veränderungen.

Jens Thöricht , Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft antifaschistische Politik der LINKEN. Sachsen

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

AfD: „Wir schaffen das!" Tatsächlich?

Jungen Freiheit, Nr. 5+6/14

Da betont der Parteisprecher der AfD, Prof. Dr. Bernd Lucke, mit rechtsextremen Kräften nichts zu tun haben zu wollen, aber er gibt der rechtspopulistischen „Jungen Freiheit" ein einseitiges Interview auf Seite 3. Gleichzeitig entwickelt sich das Blatt zu mehr als einem Fürsprecher der AfD. Das geht sogar Lesern des Blattes zu weit: Da schreibt ein Herr Mueller aus Frankenthal: „Wird die Junge Freiheit von der AfD gesponsert? Allmählich wird mir die JF zu AfD-lastig. Die Punkte, welche die AfD bringt, wurden schon viel früher etwa von den Republikanern angesprochen und stehen in ihrem Programm."

Der Herr scheint sich ja auszukennen … Herr Rupp aus Wetzlar meint, „In der aktuellen Ausgabe wird quasi unverhohlen Werbung für die AfD gemacht … möchte sie nicht ganz und gar zur AfD-Parteizeitung mutieren, zur bewährten Unabhängigkeit zurückkehren."

Die Junge Freiheit waren eben noch nie unabhängig, sondern klar und deutlich extrem rechts orientiert.



THEMA

HINTERGRUND, Seite 12
Neben prunkvollen Häusern ein Slum: Reportage aus Vancouver/Kanada



| 7

JUNGE FREIHEIT | Nr. 5/14 | 24. Januar 2014

Kampf um die besten Plätze

Alternative für Deutschland: In Aschaffenburg stellt die AfD an diesem Wochenende ihre Liste für die Europawahl auf

Die Alternative für Deutschland hofft vor der Europawahl im Mai auf einen zweiten Frühling: „Ohne Lucke wäre die Partei am Ende"

AfD und „Junge freiheit" födern sich gegenseitig.

Aber schauen wir uns doch das Interview mit Herr Lucke mal konkret an. Auffällig ist, dass sowohl der Interviewer der Jungen Freiheit, Moritz Schwarz, wie auch der AfD-Mann ein Interesse daran haben, aus Rechtspopulisten Konservative zu machen:

Frage: Immer wieder hieß es, der Konflikt ziele gegen die Konservativen in der Partei.

Lucke: Nein, das war nie der Fall. Im Gegenteil, ich sage deutlich: Konservative und Wertkonservative sind in der AfD sehr willkommen und eine Bereicherung für die Partei! … Aber ich ziehe eine klare Trennungslinie da, wo der Boden des Grundgesetzes verlassen und dazu aufgerufen wird, Grundrechte zu verletzen. Wir sind keine Partei der Beliebigkeit, sonder eine Grundgesetzpartei. Deshalb darf mal alles sagen, was grundgesetzkonform ist. Wer aber elementare, grundgesetzlich geschützte Prinzipien wie Demokratie und Rechtsstaat in Frage stellt, gehört nicht zu uns."

Ist das nun der eigentliche Grund für das Interview in der rechtspopulistischen Jungen Freiheit um diese Aussage vorwiegend an rechtsorientierte Männer zu bringen? Herr Lucke will aber die Junge Freiheit und die AfD in einem konservativen Sonnenlicht präsentieren.

Auf die Frage des Blattes, ob die AfD Werte wie Sparsamkeit, Disziplin und reelles Wirtschaften dem protestantischen Arbeitsethos von Max Weber entnommen habe, erklärt Lucke dann immerhin etwas nüchterner:

„Ich würde diese Tugenden eher als preußisch denn als protestantisch bezeichnen obwohl es da natürlich Berührungen gibt. Zweifellos hat Preußen im 18. und 19. Jahrhundert Deutschland mit diesen Tugenden positiv beeinflusst. Das war ein sehr prägender Einfluss, der sich bis heute in unserer Gesellschaft und unseren Familien erhalten hat, – auch bei mir persönlich."

Und Lucke findet neben dem „preußischen" noch einen weitere Verbindungslinie zu konservativen und rechtsextremen Kreisen, und zwar die Rolle Deutschlands in Europa. Nazi-Gruppen und auch die Republikaner behaupteten vor Jahren immer, dass Deutschland von den Alliierten noch immer besetzt sei. Lucke greift diesen Gedanken auf und meint, der Deutsche sei immer noch geistig besetzt. Auf die „spezifisch deutschen Interessen in der Europapolitik" angesprochen, meint er:

„Ich glaube aber, dass diese Sorge der Deutschen inzwischen mit solcher Gründlichkeit eingetrichtert und anerzogen worden ist, dass sie in übertriebener Selbstzurückhaltung mündet und wir nicht mehr bereit sind, im gleichen Maße wie andere Nationen auch nüchtern und sachlich darauf hinzuweisen, wo unsere Interessen tangiert sind."

So, so „anerzogene Selbstzurückhaltung". Bleibt die Frage wer hat uns denn da verzogen? Das können ja nur Fremde gewesen sein, oder die Alliierten.

JöD ■